

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Backstein- u. Steingewerbeindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Papper- und Druckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Kleinfleger, Ofenfeger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er scheint wöchentlich am Sonntag, Monatsbezugspreis 1,- (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Ablasses Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 7 7000/7650, 7651, 6240. Postfach 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauverein, Zentral-Verwaltung, Geschäftsangelegenheiten nach Carl durch Werba, Berlin SW 11.

Kapitalistische Unmoral und Unehrllichkeit.

Treu und Glauben stehen heute weder in der Politik noch in der Wirtschaft besonders hoch im Kurs. Vor allem atmen im Wirtschaftsleben die Kampfarbeiter der Unternehmer Unwahrheit, man betrachte heute nur ihren Kampf gegen die Tarifverträge. Obwohl bereits vor dem Kriege Tarifverträge vorhanden waren, ja in der damaligen Zeit sogar auf zwei oder drei Jahre und noch länger vereinbart wurden, schreien Unternehmer, gewisse Regierungskreise und ihre geistige Gefolgschaft heute, die tariflichen Bindungen seien der Auslöschung aller Wirtschaftsbüchel. Man schreit, die Krise in ihrer Ausdehnung und Entfaltung könnte sofort behoben werden, wenn die Tarifverträge beseitigt würden.

Dieser Kampf gegen die tariflichen Bindungen ist bereits zur Massenpsychose geworden. Das schon seit Monaten und Jahren betriebene Trommelfeuern auf die Tarifverträge in der kapitalistisch versuchten Presse hat bereits jeden ehrbaren Spiegel angekratzt. Diese unehrliche Seite des Kampfes findet in der Politik ihre Fortsetzung. Es wird verleumdet und heruntergerissen, daß sich die Balken biegen. Schwindeln ist Krumpf! Auf diese Weise wird das gesamte politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland krankhaft verseucht.

Was bedeuten Tarifverträge? Einen Massenschuß für die arbeitende Klasse. Sie sollen jedem in Arbeit stehenden ein gewisses Existenzminimum sichern. Zu Anfang des Jahres 1930 wurden 12 Millionen Arbeiter und Angestellte von Tarifverträgen erfasst. Der Segen der Tarifverträge steht heute außer Zweifel. Vor allem schätzen ihn die Arbeiter dann, wenn die Konjunktur nachläßt. Die Arbeiterkraft hat aber Tarifverträge auch stets geschadet bei besserer Konjunktur, die den Gewerkschaften naturgemäß mehr Macht verschafft. Und da es heute umgekehrt liegt, führen die Unternehmer einen hartnäckigen Kampf gegen die Tarifverträge. Mit allen Feinheiten kämpfen sie dagegen an — das Baugewerbe zeigt uns hierfür ein lebhaftes Beispiel —, sie betrachten die Tarifverträge als Fessel und streben nach deren Vernichtung. Und wenn das nicht geht, dann sollen die Tarifverträge mit Hilfe der Reichsregierung möglichst „effektiv“ gestalkt werden. Darunter versteht man eine dauernde, in kurzen Intervallen sich vollziehende Lohnabbaufensche. Am 12. November schrieb hierzu der bekannte Professor Bonn im „Berliner Tageblatt“:

„Die kapitalistische Offensive der Gegenwart geht einmal von den industriellen Unternehmern aus, die in Staats-eingriffen sozialistisch beeinflusster Regierungen revolutionäre Neuerungen erblicken und sich über Erwerbslosenfürsorge empören, während sie in der Erfolglosenfürsorge, die sie für ihre notleidenden Unternehmungen erstreben, augenscheinlich eine Sicherung des Kapitalismus sehen. Sie wenden sich gegen Gewerkschaften und Tariflöcher und möchten gern das System des freien Wettbewerbs auf dem Gebiete der Arbeitsmärkte wieder einführen, nachdem sie es auf dem Warenmarkt durch Fülle und Kartelle längst beseitigt haben. Naturgemäß gehen sie gerade in Krisenzeiten besonders energisch vor. In solchen ist einmal der Lohnabbaufensche besonders weittragender Bedeutung; zum anderen aber ist die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen in Zeiten der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach.“

Professor Bonn ist ein Schüler Brentanos. Er vermag Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens richtig zu beurteilen. Die Unternehmer führen einen unehrlichen Kampf. Eine Unternehmerrschaft, die wie die deutsche unter Zufußnahme der Staatsmacht derartig kollektiv gebunden ist, handelt demagogisch, wenn sie gegen Tarifverträge, Schiedsgerichte und Verbindlichkeitsverträge ankämpft.

Auch auf anderen Gebieten beobachten wir unehrliche Unmoral und Unehrllichkeit. Erwähnt sei nur die Währungsfrage. Breite Schichten des Unter-

nehmertums arbeiten hin auf den Kollektivbankrott. Durch eine nette kleine Inflation möchte man die verschuldeten Betriebe schuldenfrei machen. Dadurch entginge man zahlreichen Einzelbankrotten. Auch dies hat mit Treu und Glauben nichts zu tun. Professor Bonn hat auch dieses Bestreben ebenfalls sehr deutlich gekennzeichnet. So schrieb er kürzlich im „Deutschen Volkswirt“:

„Die im Grunde kollektivistische Unternehmereinstellung, die man besser als pseudokapitalistische bezeichnet, kommt deutlich in vielen Vorschlägen zur Währungsverschlechterung zum Ausdruck. Die deutschen Unternehmer wollen auf diese Weise nicht nur ihre Schulden loswerden, um nachträglich als makellose Kaufleute dazustehen, sondern sie wollen auch den Lebensstandard der Arbeitenden verschlechtern. So unglaublich es klingen mag, so ist es dennoch richtig, daß Kapitalisten den Kapitalismus in seinem ureigensten Wesen zerstören.“

Der selbe Professor Bonn schrieb kürzlich wiederum im „Berliner Tageblatt“:

„Die Wirtschaftswende, von der heute so viel geredet wird, besteht ihrem inneren Wesen nach darin, daß die Kapitalisten das kapitalistische System in Stücke schlagen, und nicht die Arbeiter, die zur Zeit nur den einen Wunsch haben, es möchten sich wieder Kapitalisten finden, die ihnen Arbeit geben.“

Leben, Tod und Verklärung eines Beirats.

Sollte im Kampfe zwischen Profitminimum und Lohnminimum das letztere triumphierten, so hätte die Frage nicht behalten, daß das kapitalistische System seinen Untergang bei uns entgegensteht. Das hunderttausendjährige Alter des menschlichen Lebens ist nicht zu unterschätzen. Das Ende sein. Aber noch kann ich nicht glauben, daß eine heutige Regierung sich finden würde, die es so weit wie Brentano läßt. Zu Brentano 7.

In dem sonst so räuberischen Deutschland des Reichs- und Reichspräsidenten, den menschlichen Vätern noch körperliche Mitleid der verdienstlichen Völkung. Beispielsweise sind Beiräte neuerdings sehr beliebt. Beiräte können eine sehr gute Einrichtung sein, können einer Regierung, einer Behörde mit guten Ratschlägen zur Seite stehen. Voraussetzung dabei ist aber, daß sie sich von Allgemeininteressen leiten lassen. In Deutschland ist dies nicht der Fall. Die Beiräte der Regierungen sind meistens Begabungsanstalten erster Klasse. Das war die sogenannte Brauns-Kommission, die herrliche akademische Gutachten über die Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sowie über Arbeitsbeschaffung und andere Dinge herausbrachte. Vom letzteren hörte man dann nichts mehr. Gesehen hat man noch weniger. Das an gangbaren Wegen gezeigt wurde, wurde von der Regierung nicht befolgt, so beispielsweise in der Frage der Verklärung der Arbeitszeit.

Auch der vor acht Wochen aus der Taufe gehobene Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung war ein ähnliches Institut. Mit feierlicher Ansprache des Reichspräsidenten an die Arbeit gegangen, wußt er nun schon seit einer Woche von seinen Leiden aus. Einige Hunderttausend werden der Reichspräsident in höchstgelegener Person hielt bei dem unruhlichen Ende des Beirats die Grabrede, die freilich nicht einen entsprechenden Tenor hatte. Der Wirtschaftsbeirat war im wahren Sinne des Wortes totlos. Auch „die wertige Gestalt des Feldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg“ die in hitzerichtigen Wittern mit besonderer Vorliebe jähert wird, konnte nicht bis ins höchste Ende verhindern. Das Ergebnis seiner Arbeit ist fast gleich Null. Das war vorauszuhehen! Schon in Nr. 44 des „Grundstein“ wiesen wir auf das Mißverhältnis der Besetzung des Wirtschaftsbeirats hin, in dem sechs Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände 20 Vertretern irgendwelcher Interessentenbüchlein gegenüberstanden. Diese Vertreter dachten nicht an das große Ganze, dachten nicht an die Volkswirtschaft, sondern nur an die höchsten Gewerkschaften. Sie verweirten den Beirat mit einer kombinierten Innungsversammlung. Dabei kam natürlich so gut wie nichts heraus, für die Arbeiterkraft schon gar nichts. Wenn trotz dieser Voraussetzungen Gewerkschaftsvertreter an den Verhandlungen des Beirats teilnahmen, so taten sie dies nicht etwa in der Hoffnung, hier große politische oder soziale Siege zu erringen, sondern weil auch hierbei die Stimme der organisierten Arbeiterkraft zu vernehmen sein mußte.

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung! Im es vorweg zu nehmen: das einzig positive Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirats scheint die Hilfe zu sein, die inswischen für die städtische Landwirtschaft schon erkundet worden ist. Doch auch diese Hilfe war den Vertretern

Professor Bonn ist ein Freund der kapitalistischen Wirtschaft. Trotzdem ist er ein ehrlicher Volkswirtschaftler. Er kennzeichnet das Wesen großer Teile der deutschen Unternehmer durchaus richtig. Und da der Kapitalismus international ist, so sehen wir auch die gleichen Verfälscherungen in andern Ländern. Niemals wird das pseudokapitalistische System als herrschende Form einer neuen Wirtschaftsordnung gelten können. Leider ist die Stöckkraft der deutschen Arbeiterkraft zerrissen. Würde sie eine einheitliche Macht sein, dann wäre es jetzt an der Zeit, einer neuen besseren Gesellschaftsordnung die Wege zu ebnen. Die große Weltkrise hinterläßt nicht nur wirtschaftlich ihre tiefen Einwirkungen, sie wird auch der Ausgangspunkt einer neuen Epoche sein. Unmoral und Verlogenheit können wahrhaftig nicht die Basis bilden, auf der sich eine neue Gesellschaftsordnung aufbauet. Wenn erst einmal die Rebellenschwaden einer fürchterlich verlogenen Agitation verflüchtigt sind, wenn sich erst die werktätige Bevölkerung wieder ein klares und einheitliches Urteil zu bilden vermag, dann wird eine neue Geschichtsperiode beginnen mit bleibendem Bestand. Die Unmoral des Pseudokapitalismus ist nichts anderes als das Kennzeichen einer untergehenden Epoche. Seid einzig in Sinn und Ziel, dann könnt ihr den Untergang dieser Epoche beschleunigen!

der Großlandwirtschaft zu gering; deshalb zogen sie nach nationalsozialistischen Vorbild aus und sandten in die nächste Sitzung das schwere Geheiß einer langen, gebührenden Erklärung. Zeitliche — wie der Reichspräsident in seiner Schlussansprache meinte — bei der Beirat nicht beschließen. Er konnte auch solche gar nicht beschließen. Lediglich der Reichskanzler hat das Ergebnis der Verhandlungen in sogenannten Leitfäden zusammengefaßt. Dabei betonte Dr. Brüning zum 10. mal die Notwendigkeit der Senkung von Löhnen, Gehältern und Preisen. Das Wort von der Preis-senkung steht am Beginn der Regierung Brüning. Aber nichts ist von diesem Wort erfüllt worden. Das Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirats bringt auch nichts Neues. Trotzdem seien die wichtigsten Punkte genannt. Als Aufgabe des Beirats bezeichnet der Kanzler, die Aufhebung der gesamten Wirtschaft auf die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt sowie an die Vermögens- und Einkommensgrundlage in Deutschland anzupassen. Mit keinem Wort sprach er von der Kardinalfrage, der Behebung der Wirtschaftskrise von Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitsbeschaffung hätte aber im Vordergrund aller Beratungen stehen müssen! Hier ist das allerhöchste Versäumnis! Im Selbstverständnis, wie den Ausgleich der Gehältern- und Staatsausgaben als „notwendige Voraussetzung“ feststellen zu lassen, brauchte man keinen Wirtschaftsbeirat. Beim Punkt Preisbildung meinte der Reichskanzler, daß auch „eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich erscheine.“ Dabei mußte jedoch der Grundmaß des Tarifvertrages erhalten bleiben. Die Tarifverträge aber seien anzulockern. — Wie solche Vorschläge miteinander in Einklang zu bringen sind, bleibt Geheimnis des Reichskanzlers. Jedenfalls hebt der zweite Satz den ersten wieder auf. Hohes Veredel ist es, wenn dann weiter erklärt wird, der Tarifvertrag könne ohne die gesetzliche Unabänderbarkeit seine wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben nicht erfüllen, um dann hinterher zu sagen, daß insbesondere die Verbindlichkeitsverträge durch „Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden soll.“ Wütend schon, Herr Reichskanzler; diese Selbstverantwortung von Tarifparteien besteht im Baugewerbe vollends auf beiden Seiten der Vertragspartner. Beide haben im ganzen Reich Tarifverträge vereinbart, aber ihr Arbeitsminister, Herr Reichskanzler, verweigert diesen Tarifverträgen die Allgemeinverbindlichkeitsverklärung, versteht somit der Ihnen erklärten Selbstverantwortung der Tarifparteien den schwersten Schlag, der überhaupt möglich ist, stark dagegen die Organisations- und Tarifvertragsbrücherei der unorganisierten Unternehmer.

Paken Sie zu, Herr Reichskanzler! Wir nehmen Sie beim Wort. Nehmen Sie Ihren Arbeitsminister beim Ohr! Der Kanzler sprach dann wieder von der Effektivität der Tarifverträge, „die sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen müsse, damit in der dringenden Lage der Arbeiterkraft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterung erzielt werden könnte.“ Bei dieser Auflockerung sollen außerdem noch örtliche Verhandlungen, zeitliche Änderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterabstufungen, die Leistungsunterschiede der

einzelnen Arbeiterkategorien besonders berücksichtigt werden. Diese geheimnisvollen Worte geben den Gerichten von gewissen Vorbedingungen eine gewisse Deutung. Man weiß schon seit langem, aus welcher Ecke der Wind demnächst wehen soll. Der Reichskanzler will allem Anschein nach auch heute nicht den Organisations folgen, aus denen er hervorgegangen ist. Auch er hat sich nicht gegen das Abschließen des Wirtschaftsbetrats auf das lohnpolitische Gebiet gewandt. In seinen „Leitfäden“ kam die lohnbaupolitische Linie seiner Politik am deutlichsten zum Ausdruck. Was müssen demgegenüber alle Erklärungen vom Schuß des Tarifrechts!

Von den übrigen Leitfäden des Kanzlers möge noch erwähnt werden, daß der Wirtschaftsbetrait eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft vom Geldmarkt aus als unbedingt anzustrebend für notwendig hält und diese Senkung auf dem Kapitalmarkt in Wechselwirkung zu Zinsermäßigungen auf dem Geldmarkt führen müsse. Der Betrait müßte ferner eine Einflußnahme der Reichsregierung auf die großen Träger des langfristigen Kredits, erforderlich sein auch vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen (gegen die sich einige Unternehmungen schon gewandt haben) sowie eine Herabsetzung der Wohnzinsmieten durch Anpaßung an die verminderten Einkommen. Durch Vonderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft glaubt man die Pläne der Reichsregierung wirksam unterfassen zu können. Vor allem sollen die Termine für das Ende der Wohnungszwangswirtschaft zweckmäßigerweise weiter vorgezogen werden, und zwar mit Sicherstellung eines sozialen Mieterschutzes. Das letzte wird unerlässliche Vorbedingung bleiben. Der Betrait ist ferner den Plänen der Reichsregierung hinsichtlich des Hauszinssteuerproblems beigetreten. Schließlich zeigte noch ein Wort Brüllings über die Bankenorganisation, die durch freiwillige Vereinbarungen zwischen den Beteiligten möglich gemacht werden soll, daß die Reichsregierung von der von ihr selbst proklamierten Bankkontrolle schon abgerückt ist. Sozial Worte, so wenig Anstößig, mit den Sanierungsmethoden der Reichsregierung zum Wohle aller auf festen Wirtschaftsgrund zu kommen.

Scharfer Protest des ADGB-Vertraters.

Am Vorlage dieser Kanlerrede hatte schon Genosse Peter Graßmann für die freien Gewerkschaften eine Erklärung abgegeben, womit faktisch eigentlich der Wirtschaftsbetrait (son ein unfruchtbares Ende gefunden hatte, weil keine Verständigung möglich war. Die Vertreter der Gewerkschaften — so erklärte Graßmann — hätten im Wirtschaftsbetrait mitgearbeitet, um ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen, dessen Ziel sei, die Arbeitslosigkeit zu mildern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Inwieweit haben die Beratungen gezeigt, daß über die Mittel und Wege zu diesen Zielen keine Verständigung möglich sei. Der Wirtschaftsbetrait habe u. a. nicht die geforderte Festlegung der Vierjahreswöchentlichkeit mit Einstellungsstopp ausgesprochen. Besonders Bedenken hätten die Gewerkschaften auch in der Frage der Handhabung des Schlichtungsmittels und der Verbindlichkeitsklärung. Die Möglichkeit, einzelne Preise herabzusetzen, diese weder die Möglichkeit, die Lebenshaltungskosten in ausreichendem Maße zu senken, noch könne dadurch die Behebung der Wirtschaft herbeigeführt werden. Die Getreidepreise überhöhen in Deutschland die Weltmarktpreise um das Dreifache. Hier müßte schon die Preislenkung u. a. durch die Verminderung der Großhandelsmarge einleiten. Wie die Dinge liegen, müssen die Gewerkschaften befürchten, daß die Senkung der Gestehungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter durchgeführt wird. Die weitere Schrumpfung der Kaufkraft, die sich daraus ergeben müßte, würde sich sozial und wirtschaftlich verhängnisvoll auswirken. Die Gewerkschaftsvertreter verlangen deshalb von der Reichsregierung, daß sie an der ursprünglichen Zielsetzung des Wirtschaftsprogramms festhält und unter keinen Umständen Maßnahmen trifft, die die Kaufkraft der breiten Massen noch mehr schwächen würden! Diese Erklärung zeigt deutlich, daß nicht nur zwischen den Unternehmern und Arbeitervertretern sondern auch zwischen den freien Gewerkschaften und der Reichsregierung starke Gegensätze bestehen. Man lese diese Erklärung aufmerksam durch, um ermessen zu können, was es mit der von den Kommunisten angeblich ererbten „Einheitsfront“ auf sich hat, die aus Anlaß des Endes des Wirtschaftsbetrats behaupten, die Gewerkschaftsführer hätten „gemeinsam mit den Vertretern des Monopolkapitals geknobbelt und geschachert, wie die neue Offensive von Lohn- und Gehaltsabbau durchgeführt werden kann.

Sozialdemokraten warnen die Regierung.

Die Sozialdemokratische Partei hat die erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an den Leitfäden des Reichskanzlers über die Arbeiten des Wirtschaftsbetrats benutzt, um schon fast darauf bei der Reichsregierung vorfällig zu werden. Genosse Breichelb warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Reichsregierung davor, daß sie die in den Leitfäden niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Sache über die Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungsrecht. Während von der Reichsregierung nur in allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde vom Reichskanzler die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit düren Worten als unermüdlich bezeichnet. Es werde zwar erklärt, daß der Grundbaß des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgen dann Veränderungen und Veränderungen. Die faktisch das Tarifrecht unterminieren würden. Brüning und Stegerwald bemühen sich, die Befürchtungen der Sozialdemokraten zu entkräften. Man müsse die Antikündigung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Übereinstimmung miteinander gleichmäßig herabzusetzen seien. Die sozialdemokratischen Vertreter stellen demgegenüber fest, daß durch diese Erklärung ihre Befürchtungen keineswegs zerstreut seien und forderten von der Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Vorberedungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage der Arbeiterklasse zu nehmen.

Brüllings Totenklang.

Brülling will auf dem verhängnisvollen Wege der Vernichtung von Massenkaufkraft und damit — der Ausrottung der Steuerertragsquelle des Reiches weitergehen. Dabei sucht er verzweifelt nach neuen Steuerquellen! Für eine solche Politik fehlt nicht jede parlamentarische Bezeichnung. Die Zentrumsmänner Brülling und Stegerwald gehen diesen Weg ent-

gegen den Warnungen selbst der katholischen Geistlichkeit Groß-Vodums, die eine Entschloßung gefaßt haben, in der festgelegt wird, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Feiertagslösen und Stilllegungen eine kaum mehr tragbare Verwüstung erfahren habe. „Daher warnen wir“, so heißt es in der Entschloßung, „gegen den Bewußtsein unserer Verantwortung für die letzter Geislerge Vorvertrauten, im Hinblick auf eine wachsende Radikalisierung der Bevölkerung des Ruhrgebietes auf das eindringlichste vor jedem einseitigen Schritt, der unabhäherliche Schlämme Folgen nach sich ziehen könnte und bitten alle in Betracht kommenden Instanzen, die Verbände und Staatsbehörden, zur Verhütung dieser Gefahr rechtzeitig alles zu tun, was der schwergeprüften Bevölkerung des Ruhrgebietes eine neue unheilbringende Kraftprobe zu ersparen geeignet ist.“

Was von der Bevölkerung des Ruhrgebietes gilt, gilt für das ganze deutsche Arbeitervolk. Wärdern muß man sich nur, wenn die Herren in der Wilhelmstraße dies nicht sehen wollen. Oder sind sie zu schwach? Sie brauchen nicht schwach zu sein! Mit Unterstützung der in diesen Fragen einigen drei Gewerkschaftsorganisationen und der sozialdemokratischen Partei könnten sie alle die Maßnahmen durchführen, um die Katastrophe abzuwenden und das große Elend zu mildern. Wenn es sein muß, auch gegen den Willen der Rechtsparlier, gegen den Willen der Volksparteiler und selbst gegen den Willen konservativer Zentrumsleute. Oder hat auch für die Reichsregierung Lupo Veneno vergeblich gesucht? Rafft sich die Reichsregierung nicht auf, rafft sie nicht die im Interesse des Allgemeinwohl notwendigen Entschlüsse, dann ist die Katastrophe unausbleiblich. Es gibt Kreise, die dies abschließend herbeiführen wollen, weil sie glauben, am Katastrophenschutz ihr Schöpfchen am besten hoch zu können. Daß sie sich dabei mehr als die Finger verbrennen, dafür wird gelacht werden. Lob und Verdankung gehen für die kapitalistische Wirtschaft, nicht für die denkende Arbeiterschaft. Sie wird — allen Krisen trotzend! — der Sieger von übermorgen sein!

Bundesausschuß des ADGB gegen Wirtschaftsbetrait und Reichsregierung!

Mit den Arbeiten des Wirtschaftsbetrats befaßte sich am 25. November der Ausschuß des ADGB. Die Genossen Graßmann und Eggerz hoben in ihren Berichten hervor, daß die Gewerkschaften nicht daran dächten, ihre Unerschlichkeit unter die sogenannten Leitfäden zu setzen. In den Verhandlungen des Betratts traten die unvereinbaren sachlichen Gegensätze klar zutage. Während sich beispielsweise der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im allgemeinen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandte, bekannte sich die Industrie mit größter Entschloßtheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde gegenüber den ständigen Behauptungen, es mangelte der Produktionsmittel an Absatz darauf hingewiesen, daß die deutsche Ausfuhr weder mengen- noch wertmäßig nennenswert zurückgegangen sei. Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohns. Eine Preislenkung für Eisen und Kohle wie die Senkung der Kartellpreise ist für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos. Es komme darauf an, die überhöhte Handelsmarge zu verringern. Während der Beratungen im Wirtschaftsbetrait habe sich die Grundlage der Aussprache immer mehr verschoben. Es stand nicht mehr zur Aussprache, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden können. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß für sie eine Verhandlung darüber überhaupt nicht in Frage komme. — Die Anwesenheit der Vertreter des ADGB sei zur Abwehr der Unternehmerrisse notwendig gewesen. — Eingang der Aussprache wies Genosse Leporetz bar auf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbetrats entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuträglich gewesen wäre. Die unparitätische Zusammenfassung des Wirtschaftsbetrats zeigte schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung. — In der weiteren Aussprache kam zum Ausdruck, daß sich die Gewerkschaften mit der gleichen Schärfe wie gegen die Unternehmung, auch gegen die Reichsregierung wenden. Diese halte sich nicht an die festerlichen Versicherungen, die ihre Vertreter abgegeben haben. Die von der Reichsregierung gezogenen Schlusfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbetrats sind eine einseitige Wiedergabe der Meinung der Unternehmer. Ohne Senkung der Löhne müsse die Senkung der überhöhten Preise durchgeführt werden. Den Weg der Deflation können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll und bedeutet die Aufwertung aller Schuldverbindlichkeiten. Er bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflations-Dumping des Auslandes das Leihdampfung entgegensetzt. Das aber heiße wieder: alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Der Bundesausschuß wendet sich mit größter Entschloßtheit gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen. Der in der Erklärung des Reichskanzlers von der Regierung vorgeschlagene Weg dürfe unter keinen Umständen besprochen werden, er führe unermüdlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und zu einer Zuspitzung der politischen Situation. — Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer einstimmig angenommenen Entschloßung zusammengefaßt, die wir in der Mittelspalte der dritten Seite veröffentlichen.

Lehrlingsrecht

Für Jugendleiter, Gesellenausschußmitglieder und Funktionäre, die in Lehrlingsfragen tätig sind, ist eine neue Schrift „Lehrlingsrecht nach der Rechtsprechung“ herausgegeben worden. Sie ist in den Baugewerkschaften erhältlich. Wer außerhalb des Kreises der Mitarbeiter in den Jugendabteilungen steht, kann die Schrift zum Preis von 60 Pfennig je Stück in den Baugewerkschaften bekommen. Nichtmitglieder zahlen 1,20 Mark je Stück.

Anschließend nahm der Bundesausschuß zu der geplanten Aufhebung des Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien in folgender Entschloßung Stellung: „Der Bundesausschuß des ADGB erhebt in letzter Stunde schriftlichen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien. Durch die Aufhebung der Nacharbeit in meingroßen Bäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90% der Brotproduktion von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einmündig und unumkehrbar nachgemessen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerrüttung eines hochwichtigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überplanmäßigen Zölle auf Brotgetreide.“

Ueber die zu erwartende Notverordnung entwickelte sich eine lebhaft Aussprache. Wenn die Regierung fortfahre, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterklasse aufzuliegen, so scheine der Zeitpunkt nicht mehr fern zu liegen, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch darauf gerichtet sein kann, sich das bisher unerschütterte Vertrauen ihrer Gefolgschaft auch für die fernere Zeit zu erhalten.

Dann berichtete Genosse Wehler über die Lage der Sozialversicherung. Nach den bisher vorliegenden Informationen sei keine Veränderung der Kranken- und der Unfallversicherung zu erwarten. Dagegen plane man wahrscheinlich eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfall- und der Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schmerzhaft. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden; jedoch sei 1930 in der Beitragsentnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bliebe die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überführt vorzunehmen. Die Gewerkschaften verlangen, daß eine Sanierung durch Zuerstreckung der Beiträge, die Kostenträger der Versicherung befreit werden, durch nichts geächteter Veräußerung erfahren! — Die Forderungen der freien Gewerkschaften wurden in einer einstimmig angenommenen Entschloßung zusammengefaßt: „Der Bundesausschuß weist erneut auf die schmerzliche Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeverluste, teils durch den Ausfall der zugewanderten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der letzten Zeit zugelegten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zur Zeit unverwertbaren Schannewellen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeinverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das höchste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeitsversicherung, sollte man diese Aufgabe, die die Versicherungsträger unerschütterlich trifft, dazu ausüben, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schmerzlichkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeinverbände ihre schuldrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen. — Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erfordert auch der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterklasse getroffene Maßnahme müßte dem einmündigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

Der Baugewerksbund an die Reichsregierung.

Der Vorstand unseres Bundes wird der Reichsregierung eine Denkschrift unterbreiten, die den Fragen des Wohnungsbaues und des Wohnungszwangswirtschaft Stellung nimmt. Mit Rücksicht auf die Erklärungen der Reichsregierung bei Abschluß der Beratungen des Wirtschaftsbetrats hat der Bundesvorstand bereits am 25. November der Reichsregierung die Forderungen der Denkschrift überreicht. Einleitend sagt der Bundesvorstand: Die sozialpolitischen Einrichtungen beginnen, dem Ansturm der Not gegenüber zu versagen. Ihr Zusammenbruch erscheint unermüdlich, wenn die Entwicklung noch längere Zeit in dieser Richtung weiter geht. So notwendig die denkbar größten sozialpolitischen Anstrengungen sind, so notwendig die weitest gehende staatliche Fürsorge für die notleidenden Teile des Volkes ist, die weitere Verelendung des Volkes kann damit nicht verhindert, und noch viel weniger kann eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes herbeigeführt werden. Das ist vielmehr allein möglich durch die Wiedereinführung der wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes. Der Zustand der deutschen Wirtschaft läßt erkennen, daß die private Wirtschaft mit ihren Methoden nicht in der Lage ist, die Wiedereinführung der wirtschaftlichen Kräfte einzuleiten. Diese Aufgabe muß die für das Schicksal des deutschen Volkes verantwortliche Reichsregierung übernehmen.

Für eine Wirtschaftspolitik der Neuentfaltung der wirtschaftlichen Kräfte ist die Bauwirtschaft das weitaus geeignetste Objekt. Einmal, weil sie unempfindlich für die notleidende Zweig der deutschen Volkswirtschaft ist, und anderen, weil eine Organisierung des Baugewerbes wegen seiner bekannten Eigenschaften als Schlüsselgewerbe die weitest gehenden Wirkungen auf die übrige Wirtschaft auslöst. Von hier aus ist eine Behebung der Weltmarktwirtschaft am besten zu erreichen. Eine Veranschlagung der Bauwirtschaft verursacht unermüdlich große volkswirtschaftliche Schäden aller Art. Wenn die Reichsregierung nicht bald entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen folgen läßt, wird es in kürzester Zeit notwendig sein, eine besondere Notstandsaktion für die Bauwirtschaft durchzuführen. Die Bauarbeiterschaft ist ein mindestens ebenso lebenswichtiger Bestandteil des deutschen Volkes wie die Großgrundbesitzer in der Landwirtschaft, die rheinischen Winzer, die Bauern und jene mannigfachen anderen Berufsgruppen, für die Notstandsaktionen durchgeführt worden sind. Zweede-

mäßiger als jede andere Stoffsanftaktion hält die Bauarbeiterbeschäftigung eine energiereichere Arbeitsbeschäftigungspolitik.

Zum Zwecke einer wirksamen Arbeitsbeschäftigungspolitik fordert der Bundesvorstand von der Reichsregierung die Durchführung folgender als unerlässlich bezeichneten Maßnahmen. Sofortige Verwirklichung eines Bauzinsfußes. Als Mindestbetrag sind 750 Millionen Mark notwendig. Die Senkung der Realzinsen ist wieder aufzuheben. Die dem Wohnungsbau durch die Realzinsenkung entzogenen 250 bis 275 Millionen Mark Hauszinsfremdgelder sind dem Wohnungsbau wieder zuzuführen.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe und das Tarifrecht

Nunmehr ist Ereignis geworden, was bisher außer Acht gelassen wurde. Das Haupttarifamt für das Baugewerbe hat sich in seiner Sitzung am 27. November nicht nur für zuständig erklärt, in der umstrittenen protokollarischen Erklärung zu § 1 Ziffer 6 des Reichstarifvertrages für Holz, Beton- und Eisenarbeiten als Auslegungsinanz zu gelten, es hat auch in vollem Umfange dem Begehren der Unternehmervertreter stattgegeben, wonach nunmehr in allen Lohnbestimmungen Lohnverhandlungen vorgenommen werden müssen.

Trotz heftigsten Widerspruch der Arbeitervertreter hat sich das HZV. damit etwas angetan, was ihm nach menschlicher Vernunft und auch von Rechts wegen nicht zusteht. Es hat beschlossene, Auslegungsinanz in einer Sache zu sein, an deren Schlichtung es nicht mitgewirkt hat.

Trotz heftigsten Widerspruch der Arbeitervertreter hat sich das HZV. damit etwas angetan, was ihm nach menschlicher Vernunft und auch von Rechts wegen nicht zusteht. Es hat beschlossene, Auslegungsinanz in einer Sache zu sein, an deren Schlichtung es nicht mitgewirkt hat.

Was bedeutet nun die Entscheidung des HZV.? Sie bedeutet einen glatten Einbruch in den Vertrag. Vor allem ist es auch Vertragsbruch, wenn man sich die verschiedensten gewalttätigen Eingriffe in die Bezirkslohn- und Arbeitstarifverträge in letzter Zeit durch die Unternehmer vergegenwärtigt. Man kann bei Betrachtung der Gesamtlage ohne weiteres sagen, daß die Unternehmer in den meisten Bezirken mehr Tarifverträge bewiesen haben als ihre Spitzleistungen. Man kann ruhig davon reden, daß hier ein abgekürztes, unehrliches Spiel vorlag zwischen den Unternehmerzentralen und einzelnen Unternehmerbezirken, die besonders scharf auf Lohnabbau eingestellt sind.

Die Bauarbeiter waren stets vertragsfrei. Sie haben auch, wenn sie tarifgebunden waren, bei ihnen gänzlich konjunkturelle Tarifverträge hochgehalten. Hier aber sehen wir das Gegenteil von Tarifreue, von der Heiligkeit abgehoherener Verträge! Dieser Beschluß des HZV. bedeutet — auf weitere Sicht gesehen — überhaupt die Zerstückelung jeglicher zeitlicher Tarifabschmachungen! Man steuert ungestüm auf weiteren Lohnabbau zu. Ja, wer garantiert denn, daß die neuen Löhne von Reichsarbeitsminister für alle verbindlich erklärt werden? Beschließt dies nicht, dann soll sich wohl dieses jämmerliche Spiel wiederholen? Dann soll wohl immer wieder und immer wieder verhandelt und abgemauert werden, bis endlich das Reichsarbeitsministerium, das im Grunde genommen die

gleichung des Haushalts in Anspruch nehmen können, ist wieder aufzuheben. Die Hauszinssteuer ist unter Wahrung des bisherigen Aufkommens in eine absehbare dingliche Last umzuwandeln. Bei sämtlichen schon bestehenden Hypothekenverträgen ist die Tilgung für die Dauer von fünf Jahren auf 1/2 % herabzusetzen. Eine entsprechende Regelung ist für Pfandbriefe zu treffen. Eine Herabsetzung der Tilgungsquoten ermöglicht, die Mieten weitgehend herabzusetzen. Die Zinsen für langfristige Kredite sind herabzusetzen. Für die Ausgabe festverzinslicher Wertpapiere ist ein Mindestauszahlungskurs gesetzlich festzusetzen. Auf festverzinsliche Werte ist wieder eine Kapitalertragsteuer einzuführen. Die Einkünfte daraus sind für den Wohnungsbau zu verwenden. Die Beschaffung nachschüssiger Hypotheken ist durch Schaffung eines besonderen Realkreditinstituts planmäßig zu organisieren.

Diese Forderungen sind nach sorgfältiger Untersuchung der Wirtschaftsverhältnisse aufgestellt und formuliert worden. Die Bauarbeiterchaft erwartet, daß die Reichsregierung diese Forderungen berücksichtigt. Es hat Dreizehn gefordert!

Lohnhöhen im Baugewerbe und in den übrigen Industrien an sich gar nichts angehen, die Löhne für gebildet und gefordert erachtet, um endlich allernächst die Allgemeinverbindlichkeit auszusprechen.

Kein Mensch hat an eine zwischenzeitliche Lohnregelung gedacht, als die Kaufleute des HZV. festgelegt und als die Löhne in den Lohn- und Arbeitstarifverträgen festgelegt wurden. Aber der Wind weht nun einmal heute in der Richtung des verderblichen Lohnabbaus. Das Unternehmertum will mit Hilfe der Reichsregierung die Löhne der Arbeiterchaft auf ein möglichst ungünstiges Niveau herabdrücken, während auf der anderen Seite die Regierung trotz großer Geldhemme des Reichs an den Kreisen gegenüber recht spendid ist, während es gar nicht daran denkt, auf die Preisbildung in ähnlicher energischer Weise wie bei der Lohnbildung einzuwirken. Doch hören wir nunmehr zunächst, in welcher Weise das HZV. seine grundsätzliche Entscheidung getroffen hat. Sie lautet:

„I. Die zwischen den zentralen Organisationen vereinbarte Erklärung vom 28. März 1931 nachstehenden Wortlautes: „Wird für einzelne Orte oder einzelne Gebiete die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Lohn- und Arbeitstarife nicht ausgedrückt, so treten die bezirklichen Vertragsträger zusammen, um sich über die erforderlichen Maßnahmen zu verständigen. Gelingt eine Verständigung der bezirklichen Parteien nicht, dann entscheidet das bezirkliche Tarifamt. Die Parteien haben sich innerhalb acht Tagen über Annahme oder Ablehnung zu erklären. Für den Fall der Ablehnung treten die zentralen Vertragsträger zusammen, um den Streitfall endgültig zu bereinigen.“ Ist wie folgt ausulegen:

1. Das in der Vereinbarung vom 28. März 1931 vorgesehene Verfahren findet in jedem Falle Anwendung, in dem die Allgemeinverbindlichkeit für die Lohn- und Arbeitstarife nicht ausgedrückt wird, sei es, daß der Reichsarbeitsminister die Ablehnung nur für einen einzelnen Ort oder ein einzelnes Gebiete auspricht, sei es, daß er Gebiete anders umgrenzt, sei es, daß er die Allgemeinverbindlichkeit für alle Orte, Gebiete oder Bezirke ablehnt.

2. „Erforderliche Maßnahmen“ im Sinne der obigen Vereinbarung sind alle Maßnahmen, die nach dem pflicht-

Die freien Gewerkschaften gegen die Reichsregierung! Entschließung des ADGB.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsrates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Zustand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen vierzigstündigen Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preislenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern. Die Gewerkschaften haben von jeder den künstlichen Preisauftrieb durch Höchstpreizölle, Kartellbildungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preislenkung durch währungsrechtliche Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rückichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Scheitern getrieben, ebenso das dauernde Geröde von der weiten notwendigen Preislenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt vergrößert wird.

Das Einkommen der Arbeiterchaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entscheidenden Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge eingzugreifen.

gemäßem Ermessen des Tarifamtes geeignet sind, die Hindernisse zu beseitigen, die einer Allgemeinverbindlichkeitsklärung entgegenstehen. Die Maßnahmen können u. a. auch darin bestehen, daß eine Verringerung der Ortslöhne, eine Beschränkung der Arbeitszeitdauer oder eine Verringerung der Lohnsätze vorgeschlagen wird.

Gründe. I. Die Vereinbarung vom 28. März 1931 ist nach Entstehung und Wortlaut eine Ergänzung und daher ein Bestandteil des Reichstarifvertrages. Folglich unterliegt sie, da der Streit über sie grundsätzlicher Art ist, gemäß § 11 Ziff. 22 AStV. der Auslegung durch das Haupttarifamt.

II. Der Sinn der freitragenden Vereinbarung ist der, daß überall da, wo sich der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit ein Hindernis entgegenstellt, durch ein besonderes Verfahren hindernisse beseitigt werden soll, um die aus der Ablehnung bereits eingetretenen oder die etwa zu erwartenden Nachteile zu verhindern. Wenn auch die Vertragsparteien bei dem vor der Verhängung der Allgemeinverbindlichkeit den Abschluß der Vereinbarung die Möglichkeit einer gänzlichen Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit nicht in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen haben und damals auch nicht zu ziehen brauchen, so spricht dies doch nicht gegen die getroffene Auslegung. Denn es muß in Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsgesetz bei Berücksichtigung des ganzen Zusammenhanges angenommen werden, daß die Parteien nach allgemeinem im Verkehr herrschenden berechtigten Anschauungen den Fall einer umfangreicheren oder gänzlichen Verhängung der Allgemeinverbindlichkeit in ihre Vereinbarung auch ausdrücklich einbezogen haben würden. Wenn beide Vertragsparteien haben das gleiche Interesse an einer Fortführung der Allgemeinverbindlichkeit, weil beide gleichmäßig Gefahr laufen, daß ihre Mitglieder von Außenstern unterworfen werden. Die Bestimmung in § 5 Nr. 10 des AStV. betreffend Ende der Lohnregelung steht dieser Auslegung nicht entgegen, da auch sie mit dem Vorbehalt der protokollarischen Vereinbarung getroffen ist.

2. Ueber die Art der eventuell von den Bezirksarbeitsämtern im Verfahren auf Grund der obigen Vereinbarung vorzuschlagenden Maßnahmen sind irgendwelche Einschränkungen nicht vorgesehen. Die Tarifämter können daher ihre Vertragshilfe ganz nach ihrem sachlichen Ermessen gewähren. Die in obigem Spruch zu 2. genannten Mittel sind nur Beispiele.

Der lange Text dieser Entscheidung soll über die Tatsächlichkeit etwas hinwegtäuschen. Stellenweise wird auf den unüberdaulichen Nachteil etwas Kunstfünftes geschmiedet. Aber erfährt man den Kern dieser Entscheidung, so ergibt sich daraus ein durch das HZV. sanktionierter und ungesetzlicher Eingriff in die Bauarbeiterlöhne. Das HZV. hat seine Entscheidung getroffen entgegen der allgemein herrschenden Rechtsmeinung. Und es erklärt ohne weiteres die Vereinbarung vom 28. März 1930 als eine Ergänzung und daher als einen Bestandteil des Reichstarifvertrages, obwohl dieser Auffassung entgegengegesetzte Reichsentscheidungen entgegenstehen. Daß es im übrigen die Entscheidung mit allerlei wohlklingenden Begründungen umkränzt, ist verständlich. Denn den Urteilen, die an dieser Entscheidung mitgewirkt haben, dürfte bei dieser Rechtsbeugung selbst nicht ganz wohl zumute gewesen sein.

Wir beharren dabei, daß das HZV. einen eklatanten Fehlspruch ausgesprochen hat, wir beharren dabei, daß es trotz heftigsten Widerspruch und gutgegründeter Gegengende der Arbeitervertreter einseitig zugunsten des Unternehmertums entschieden hat. Und wenn man sich nun die praktische Auswirkung dieser Fehlspruchung betrachtet, so kommt dabei höchstens heraus, daß die bis zum 2. März 1932 festgelegten Löhne nur etwa 2 Monate vor ihrem Ablauf außer Kraft treten werden. Über die baugewerblichen Unternehmer konnten trotzdem den normalen Ablauf der Lohn- und Arbeitstarifverträge nicht abwarten, obwohl sich die von ihnen beabsichtigte und von dem Reichsarbeitsministerium stark unterstützte Lohnsenkung im Baugewerbe in Wirklichkeit nur auf etwa zwei Monate vorzudatieren ließe. Und dies mitten im Winter, zu einer Zeit, in der die aufs äußerste beschränkte Kaufkraft fast gänzlich daniiederliegen dürfte. Darum Räuber und Mörder! Wahrlich, der Einfluß für diesen geringen Erfolg ist hoch! Fast um ein Nichts legt man Himmel und Hölle in Bewegung, um unter allen Umständen dem Bauarbeiterlohn auf den Leib rücken zu können. Unsere Kollegen rufen wir zu: Seid in diesen düsteren und verhängnisvollen Zeiten edelherzig denn! Ihr seht, was gespielt wird! Die Reaktion in Deutschland reakt immer unverdrossener ihr Haupt empor, die deutschen Wirtschaftsführer wollen ihre Unfähigkeit verdecken durch rückichtslose Eingriffe in die Lohnverhältnisse der deutschen Arbeiterchaft und durch unverschämte Angriffe auf ihre sozialen Belange. Darum seid einig, haltet zur Organisation auch in solchen Zeiten! Stellt der Phalanx der geeinten Reaktion die geeinte Phalanx der Arbeiterchaft entgegen! Schließt die Reihen, seid zur Abwehr gewappnet! Kämpft überall um euren Lohn! Sucht in jeder Weise zu verhindern, daß euer Lohn sich nicht in der Unerschütterlichkeit beugtes Existenzniveau nicht noch mehr verschlechtert wird!

Aus den Kampfgebieten in den einzelnen Bezirken wäre zurzeit wenig Neues nachzutragen. Zunächst müssen wir uns beschäftigen im Falle Niedersachsen. Als wir unsere vorige Nummer abschlossen, erhielten wir aus Breslau die telephonische Nachricht, der von uns beantragten einstweiligen Verfügung im Falle Niedersachsen sei in vollem Umfange entsprochen worden. Jede Maßnahme der Unternehmer gegen diese Verfügung sei in jedem Einzelfalle bei laufendem Mark Geldstrafe verboten worden. In Wirklichkeit hat das Arbeitsgericht Breslau dem Schlichtigen Baugewerbeverband allerdings aufgegeben, bei Vermeidung einer im Einzelfalle einer Zumberhandlung sich zusehendes Geldstrafe zu unterlassen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, die im Schlichtspruch des Tarifamtes vom 6. November festgesetzten Löhne schon von diesem Tage ab zur Auszahlung zu bringen. Es hat jedoch abgelehnt, dem Antrag der

Arbeitervertreter insofern zu entsprechen, daß sich der Schlichtende Baugewerbeverband dafür einzusetzen habe, die alten Löhne aus dem Bezirksvertrag bis auf weiteres fortzusetzen. In den Entscheidungsurteilen gibt das Arbeitsgericht zwar an, der Reichsarbeitsvertrag verpflichte zur Friedenspflicht, alles sei zu unterlassen, was geeignet sein könnte, den Arbeitsfrieden auf der Grundlage und für die Dauer des Tarifvertrages zu stören. Folglich war der Baugewerbeverband zur Beachtung der Friedenspflicht verpflichtet. In den an seine Mitglieder gerichteten Anempfehlungen, die Löhne nach dem noch nicht bindenden Schiedspruch vom 6. November zu zahlen, läge eine Kampfanzeige, eine Verletzung der im RAV niedergelegten Friedenspflicht. Die Arbeitervertreter hätten in ausreichender Weise glaubhaft gemacht, daß durch das Verhalten des Baugewerbeverbandes bei der Arbeitskraft große Verunreinigung eingetreten sei, wodurch der öffentliche Arbeitsfrieden schwer gefährdet wurde. Die vom Baugewerbeverband überreichten eidesstattlichen Versicherungen reichten nicht aus, um den Inhalt der von den Arbeitervertretern überreichten eidesstattlichen Versicherungen völlig zu widerlegen. Ausreichend ist dadurch glaubhaft gemacht, daß der Erlaß einer einseitigen Verfügung in diesem Falle gerechtfertigt sei.

Zunächst kommt der Preisfrage. In den Entscheidungsurteilen wird weiter gesagt, das weitergehende Begehren der Arbeitervertreter, die Unternehmer durch einseitige Verfügung zu veranlassen, sich bei den Mitgliedern dafür einzusetzen, die Löhne des Bezirksvertrages vom 11. Juni 1931 bis auf weiteres fortzusetzen, sei unbegründet. Die Unternehmer hätten den Bezirks-Tarifvertrag am 28. Oktober einseitig gelöst, mit der Begründung, die wesentlichen veränderten Wirtschaftsverhältnisse gäben einen wichtigen Grund zur stillen Auflösung des Tarifvertrages ab. Von der Rechtfertigung sei allgemein anerkannt, daß auch Tarifverträge aus wichtigen Gründen einseitig stillgesetzt werden könnten, und daß ein solcher wichtiger Grund in einer wesentlichen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse liegen könne. Die Frage, ob im vorliegenden Falle ein solcher wichtiger Grund zur sofortigen Auflösung des Tarifvertrages gegeben sei, war nicht in dem Erkenntnisverfahren über den Erlaß einer einseitigen Verfügung zu entscheiden, sondern in dem Hauptprozeß. Und da die Unternehmer — wie ausreichend glaubhaft gemacht sei — den Bezirks-Tarifvertrag stillgesetzt aus einem an sich zulässigen wichtigen Grunde gelöst hätten, könnten die Unternehmer, solange nicht in einem Hauptprozeß die zwischen den Parteien streitige Frage, ob der Bezirks-Tarifvertrag aus dem wichtigsten Grunde der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zu Recht gelöst sei oder zu Unrecht, entschieden ist, auch nicht zu der positiven Handlung angehalten werden, die Mitglieder anzuweisen, die alten Löhne des Tarifvertrages weiter zu zahlen. Darin läge keine Verletzung der Friedenspflicht.

Die letzten Sätze dieser Begründung krepeln also die ersten Sätze völlig um. Durch ein Arbeitsgericht ist auf diese Weise den baugewerblichen Unternehmern in Niedersachsen das „Recht“ gegeben, auch ohne „Hauptprozeß“ Löhne nach Belieben zahlen zu dürfen. Es wird dem Schlichtenden Baugewerbeverband aufgegeben, bei Vermeidung einer im Einzelfalle einer Jumborderhandlung festzusetzenden Geldstrafe zu unterlassen, den Mitgliedern zu empfehlen, den gekürzten Lohn bereits vom 6. November an zur Auszahlung zu bringen, im übrigen aber stellt man den einzelnen Unternehmern einen Freibrief aus, dennoch gekürzte Löhne zahlen zu dürfen! Eine solche richterliche „Logik“ ist dem Laien völlig unverständlich...

Zum Schluß sei als Kuriosum in dieser ersten Zeit noch erwähnt das Schicksal des Tarifanspruches für die Kreisbaupolizei Dresden. Hier haben nunmehr auch die Arbeiter ihren eigenen Schiedspruch abgelehnt. Das heißt mit anderen Worten und nach demselben Recht — das heißt, wenn es überhaupt noch ein Recht gibt — daß die alten Löhne weiter zu zahlen sind, weil sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter den Tarifanspruch abgelehnt haben. Warum die Unternehmer diesen Spruch abgelehnt haben, ist schwer verständlich. Entweder sie haben ein Haar in der Suppe gefunden, da

auch in diesem Falle von den Vertretern der Bauarbeiterorganisationen Einspruch und Klage eingereicht wurden, oder aber ein Lohnabzug in der Spitze von 13 bis 15 %, erscheint diesen Herrschaften als zu „niedrig“.

Das Reichsarbeitsministerium hat gemerkt, die Bauunternehmer haben freudig applaudiert, das RAV hat in die gleiche Kerbe wie Ministerialdirektor Dr. Siger gehauen. In seinem Schreiben vom 13. Oktober an den Deutschen Arbeitsgeberbund für das Baugewerbe hat ja das Reichsarbeitsministerium glatt erklärt, aus der Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirkslohnverträge durch das Reichsarbeitsministerium hätten sich im Zusammenhang mit der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage Schwierigkeiten ergeben, deren Beseitigung dringend erforderlich sei. Die Protokollerklärung zu § 1 Ziff. 6 des Reichsarbeitsvertrages gäbe die Sandbahn, nämlich die Löhne auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen. Unverzüglich müßten die Verhandlungen zwischen den zentralen Verbänden der Unternehmer und Arbeiter eingeleitet werden.

Dr. Siger kann zufrieden sein; die von ihm in jenem Schreiben gemachte „unverzügliche Mitteilung“ über das zentrale Verhandlungsergebnis dürfte er längst in Händen haben. Nun kann die Befriedigung der kampfswilligen Schicht im Reichsarbeitsministerium auf Lohnabbau im Baugewerbe trotz erbärmlicher Lage der Bauarbeiter ihren Anfang nehmen. Nun kann den Vernehmten der Armen der Proletariat noch höher begünstigt werden. Natürlich wird trotzdem kein Stelm mehr vermauert werden. Dieses Reichsarbeitsministerium ist nach solchen Leistungen nur noch ein Ministerium zur Hochhaltung der Interessen des Unternehmertums!

„Arbeitslos leben oder kämpfend sterben!“

Sundert Jahr sind es her, als diese Parole geboren wurde. An einem Novembertag des Jahres 1831 demonstrierten in Lyon einige hundert Seidenweber ihre Not. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit Abteilungen der Nationalgarde, bei denen schließlich die Seidenweber, zum erstenmal in der Geschichte des Proletariats, eine Stadt eroberten.

Der Zustand und die Not der Weber hatten ihre Ursache in einer Lebensproduktion. Die kapitalistische Wirtschaft stand damals an ihrem Beginn. Vor bald hundert Jahren in den von ihr erfassten Gewerben Lebensproduktion. Auch die Lyoner Seidenindustrie wurde von einer schmerzlichen Krise getroffen. Ihre Hauptursache lag darin, daß die Länder, die ihren Bedarf an Seide bisher in Lyon gedeckt hatten, eigene Fabriken errichteten. In Köln, Zürich und vielen anderen Städten waren Seidenwebstühle aufgestellt worden. Dadurch fanden die Erzeugnisse der Webstühle in Lyon nicht mehr vollen Absatz. Die Zahl der Webstühle war zu groß. Wie die Lage der schlesischen Weber, die fast um dieselbe Zeit zu Verzejungslagen getrieben wurden, wurde die Lage der Weber in Lyon immer verzweifelter. Ihr Lohn sank rapide. In der Zeit der Konjunktur hatten die Weber bis zu 6 Franken täglich verdient. Im Oktober 1831 hatte der Lohn einen Tiefstand von 18 Sou (30 s) für den Tag erreicht. Trotzdem die Arbeitszeit 18 Stunden dauerte, reichte der Lohn nicht einmal für Brot. Überdies mußte oft gestreikt werden. In dieser fürchterlichen Not legte sich der Präsident von Lyon ins Mittel, trat für die Forderungen der Weber nach einem Tarif ein. Fabrikanten und Weber kamen zusammen und vereinbarten einen solchen. Aber die Fabrikanten hielten sich nicht an die Abmachungen; die Regierung ließ den Präsidenten im Stich und erklärte den Tarif für unverbindlich. Umso stärker fühlten sich die Unternehmer, die auf die Nationalgarde und die Einentruppen bauen. Aber die Not trieb die Weber zum Aufstand. Mit ihnen vereint kämpften schließlich 14 000 Nationalgardisten, so wurden die Weber einige Tage Beherrscher der Stadt. Diese Herrschaft mußten sie mit tauelndem Lote bezahlen. Vergebliche Opfer! Wenn die Weber wußten mit der Macht nichts anzufangen, schließlich wurden sie niedergeschlagen; eine Militärkommission sicherte den Seidenindustriellen ihren Profit.

Ein Jahrhundert ist freilich vergangen. Die moderne Arbeiterbewegung, die freie Gewerkschaftsbewegung entstanden. Die organisierten Arbeiter gleichen nicht jenem insinikto handelnden Massen der Zeit des Frühkapitalismus. Sie wissen, daß eine neue Gewerkschaftsordnung nicht

das Ergebnis eines noch so berechtigten Gemaltes sein kann, sondern nur das Werk zäher, unermüdlicher Arbeit im Limmundungsprozeß der Wirtschaft. Mit den unblutigen Mitteln des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes wurde all das errungen, was heute gefährdet ist.

Auch heute leidet die Arbeiterkraft unter den Folgen der kapitalistischen Wirtschaft. Auch heute gibt es kurzfristige Regierungen, auch heute sind Regierungen mehr auf den Profit der Unternehmer als auf das Wohlergehen des Volkes bedacht. Aber solche Vorgänge wie die in der Frühzeit des Kapitalismus sollten den Regierungen eine Mahnung sein. Die Regierungen dürfen nicht den Gruppen, von denen sie politisch bekämpft werden, auf wirtschaftlichem Gebiet folgen. Wenn sie richtig beraten sein wollen und wenn sie ihre politischen Aufgaben erfüllen wollen, müssen sie denen folgen, die auf dem Boden dieser Staatsform leben, die sie politisch stiften. Durch die Erklärung des Reichshandlers bei Abschluß der Arbeiten des Wirtschaftsausschusses wird erneut die Frage des Lokaltrens in den Vordergrund treten. Wie wiederum der Arbeiterkraft zu gebührender neuen Stellen, das willige Vergehen der Regierung gegenüber den nationalsozialistischen Verbänden Hilters legt die Frage sehr nahe, ob die Partei eine solche Regierung weiter tolerieren könne. Welch katastrophale Schwächlichkeit offenbart die Reichsregierung gegenüber dem Hochverratsstreben der NSDAP! Wenn man nicht den Willen hat, sich energisch gegen „Herrn Hitler“ zu wenden, wenn man es aus Schwäche doch zum Bürgerkrieg treiben läßt, dann möge man es sagen. Wir wollen nicht warten, bis man der Arbeiterkraft das Messer an die Gurgel setzt. Wir wollen keine „Stadt der langen Messer!“ Wir wollen auch nicht auf legalen Wege mit Feldgerichten, Sanktionen und Todesurteilen die Arbeiterkraft abhauen lassen. Eine Regierung die das nicht verdammt kann, eine Regierung die die Grundrechte des Volkes nicht mehr schützt, möge in der Verankerung verschwinden!

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ wird der Geist von 1831 honoriert. Sie kommentiert die Warnung der katholischen Geistlichkeit von Groß-Bochum, daß die Massenaktion der Einzelarbeitsverträge als Vorbereitung zu einer unriedlichen Lösung des Lohnstreites empfunden wird, mit einem langen Zeitarbeits, der deutlich zeigt, daß sich die „Bergwerks-Zeitung“ nicht wohl fühlt, wenn zu sozialen Fragen Stellung genommen wird. Die Geistlichkeit von Bochum hätte das zwar mit der „weisen Selbstbeschränkung“ gefast, die wohlwollend aufsteht. „Auch der Wunsch der Geistlichkeit, ihre Stimme vor der Öffentlichkeit zu erheben, um den Erwägungen der Menschlichkeit (die es in der Redaktion der „Bergwerks-Zeitung“ nicht gibt (bei den großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen eine mächtig wirkende Mitwirkung zu sichern, sei verständlich. Aber eine Stellungnahme von Geistlichen wie beim Bergarbeiterstreik im Mai 1924 und beim Eisenkonflikt im November-Dezember 1928, wo ein Disziplin-Präses als einziges Motiv der Eisenindustrie zu diesem Kampf, „Die Willkür von ein paar Eisenherren“ ansah, die nur rein wirtschaftlich denken, staats- und rechtsmäßig ihre Vertriebe geschlossen und die Arbeiter unheimlich um ihre Lage brokos als die Strafe gekürzt hätten, dürfte nicht wieder vorkommen! Jener Kurs — als man nicht die Löhne erhöhte — sei ein Irrweg gewesen, der leider in bedauerlichem Maße den Beisfall weiser Kreise der katholischen Geistlichkeit gefunden habe. Die „Bergwerks-Zeitung“ erteilt dann Unterricht darüber, wie schon an der letzten Lage der Arbeiterkraft sei. Das sei vor allen Dingen der soziale Staat, das Reich, das durch das Organ seines Arbeitsministeriums eine Politik betreiben habe, die dem Ruhrbergbau von 1924 bis 1929 neun Schmerzhaltungen brachte. Aufgabe der Geistlichkeit beider Konfessionen sei es, die harten, objektiven Notwendigkeiten, die den Beschäftigten auch des Ruhrbergbaus zugrunde liegen, anzuerkennen und sie den breiten, muflös gewordenen Massen zu erklären. An dieser Aufgabe könnte sie mit Erfolg mitwirken. Hätte sie das eher getan, wäre es mit uns nicht so weit gekommen.“ So die „Bergwerks-Zeitung“.

Von diesem Geist hat die Regierung Brüning leider viel zu viel Intus. Wir warnen sie noch einmal energisch auf diesem Weg weiterzufahren. Sonst kann eines Tages das Wort „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns!“ eine katastrophale Auswirkung bekommen. Wenn der Sinn der Kampfparole der Lyoner Seidenweber hat noch heute seine Beachtung. — Was die Regierung tun muß, ist in zwei Sätzen gesagt: Energetische Zurückweisung der unerfülllichen Ansprüche und Forderungen der sogenannten Wirtschaft. Energetisches Spucken bei den nationalsozialistischen Forderungen und Schwärzern. Erst dann wird der Weg frei, zu einem blühenden Wirtschaftsleben!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 9. November 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Bauergewerkschaften	Mitgliederzahl	Arbeitslos	Arbeitslosigkeit nach Gewerke													insgesamt	vom Bundesmittelwert																	
				Bauer	Handwerker	Monteur u. Schlosser	Polier	Strommeister	Monteur	Handwerker	Monteur u. Schlosser	Polier	Strommeister	Handwerker	Monteur u. Schlosser	Polier			Strommeister																
Königsberg	7	14597	4459	3	162	47	102	102	125	8	6	210	—	—	17	25	10	—	89	9	—	7	3272	19	1157	20	—	17	12	508	8	10394	71,2	70,7	
Danzig	1	3579	819	—	6	6	5	58	22	—	—	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7875	15	492	—	—	—	—	—	284	63,8	60,8		
Stettin	61	14737	5772	18	50	33	52	131	105	17	15	181	—	—	30	18	10	—	—	—	—	—	2405	—	842	—	—	7	—	245	4	9925	67,4	64,4	
Breslau	41	37215	11834	37	339	243	54	250	164	45	152	417	126	194	193	57	33	7	42	—	—	—	8058	44	1348	—	—	2	2	1262	49	24844	66,8	65,4	
Berlin	60	30146	17930	55	287	362	562	528	1192	366	193	747	13	26	134	353	182	71	26	468	—	—	12044	—	1200	—	—	4	48	717	21	37477	74,7	74,8	
Magdeburg	42	26772	11686	41	112	30	26	330	55	14	44	179	136	—	36	37	89	—	—	—	—	—	3624	2	716	—	—	—	—	637	—	17912	66,9	64,7	
Erfurt	34	18375	9465	54	134	54	34	155	134	197	11	102	2	—	19	36	30	4	27	—	—	—	3620	—	223	—	—	10	5	3	878	2	15228	82,9	80,2
Frankfurt	17	30443	11981	65	148	240	265	599	935	91	1	26	1	7	2	203	78	21	11	16	—	23	7793	195	1613	85	—	9	—	698	—	25011	82,2	81,2	
Köln	12	16146	4389	58	146	289	363	486	1509	71	—	26	3	—	—	279	79	34	289	97	—	4	1331	157	747	3	—	1	1	233	—	13503	84,2	83,6	
Dortmund	13	16009	5341	71	130	160	213	423	592	3	4	26	—	—	1	279	199	8	46	60	3	9	3960	249	1021	4	6	6	3	469	—	13286	83,0	82,8	
Hannover	39	27204	11641	32	164	68	67	465	168	61	7	48	5	104	5	65	55	19	84	53	—	12	4534	—	890	6	—	5	1	899	1	14519	71,5	70,5	
Bremen	31	13338	4924	18	92	54	277	216	86	22	5	12	2	—	3	41	43	5	3	1	6	—	3505	1	1233	—	—	6	6	226	—	1077	78,0	77,0	
Hamburg	45	29177	9653	70	107	293	241	294	514	223	12	161	1	—	3	243	102	37	107	34	71	—	4970	—	2367	57	—	2	22	189	—	19783	67,6	67,2	
Rostock	60	2219	2795	7	36	—	—	55	6	15	50	—	—	—	1	9	9	—	1	—	—	—	1519	—	354	—	—	—	5	174	—	5120	62,8	59,7	
Dresden	31	58918	22601	46	445	349	145	711	304	506	413	656	25	1	85	131	94	80	17	116	—	3	15224	3	985	—	—	3	5	24	1254	16	44242	75,1	73,9
Zürnberg	29	15958	4737	73	55	40	28	128	690	19	168	28	—	—	2	35	18	19	4	—	—	—	4581	4	247	35	5	7	1	259	1	11223	70,3	70,0	
München	27	11420	3658	13	67	43	42	103	136	44	4	98	1	12	11	66	19	7	4	21	3	11	4075	21	339	117	11	8	2	164	—	9104	79,7	79,2	
Stuttgart	14	4360	2238	19	18	110	29	24	1251	—	—	—	—	—	—	54	18	21	86	1	—	—	1714	90	587	—	—	—	—	—	6408	76,6	75,4		
Karlsruhe	10	4177	5554	68	133	143	95	41	936	47	23	11	—	—	—	101	58	4	21	8	—	8	2752	107	309	30	5	—	—	252	—	11007	71,0	76,8	
Zusammen	574	415-90	151477	748	2581	2561	2598	5043	8863	1840	1076	3029	315	399	588	210	1114	323	870	890	83	82	92768	997	16790	357	40	89	130	9271	1102	307038	73,93	—	
Wichtige Werte			574	416117	1499001	694	2489	2535	2567	4905	1887	1815	1079	3027	392	589	2022	1120	322	848	883	80	82	92061	1016	16414	367	34	84	130	8692	101	303267	—	72,88



Unterhaltung und Wissen



Eine energische Frau!

Meine Mutter — heute ist die Frau fast und meine Geschichte spielt im Anfang dieses Jahrhunderts — war eine sehr energische Frau. Da sie Witwe war und noch drei schulpflichtige Kinder unter der Fuchtel hatte, mußte sie schwer arbeiten um die hungrigen Mäuler stopfen zu können. Sie trug damals Steinkohlen im napen Freital. Das ist eine ziemlich schwere Arbeit und dürfte dem Kaltefragen auf dem Bau wenig nachsehen. So ein Kohlenkorb schloß einen Schöffel Kohle und das waren etwa 170 Pfund. Aber unsere Mutter fand damals in der Mitte der vierziger Jahre und war gesund und kräftig.

Mein Bruder Friz mußte, soweit es möglich war, früh Schulpflicht so viel wie möglich ebenfalls zur Erhaltung des Haushalts beitragen. Da, und dabei geschah es, daß er, der eine Beschäftigung bei einem Kaufmann gefunden hatte, öfters mit den Schularbeiten im Rückstand blieb. Dafür bekam er von seinem Lehrer, einem echten Prügelpädagogen, reichlich Prügel. Er erzählte davon zu Hause allerdings nichts, bis meine Mutter von dieser Prügelpädagogie an unserem Friz durch andere Leute erfuhr. Friz sollte gerade zum Turnen gehen, aber er mußte sich sofort ausziehen. Und da stellte sich heraus, daß auf seinem Rücken von den Schultern bis zu den Knien nicht eine Stelle vorhanden war, die nicht grün, gelb und blau schimmerte.

Sofort mußte sich Friz anzeigen. Mutter ging mit ihm zum Schularzt und besorgte sich ein entsprechendes Attest. Der Arzt selbst war höchst empört und erbot sich, die Prügelteile des Lehrers selbst anzeigen zu wollen. Aber Mutter erklärte ihm, das würde sie selbst besorgen. Sie trollte mit dem Attestzeugnis und Friz nach Hause.

Friz brauchte an diesem Nachmittage nicht mehr zur Schule. Mutter disponierte ihn davon. Sie selbst aber ging in den Schuppen, steckte dort einen abgehörten Besen unter ihre Schürze und begab sich nach der Wohnung des Lehrers. Dieser hatte sich gerade auf das Sofa gestreckt, um behagliche Mittagsruhe zu halten. Seiner Frau oder erstehen unsere Mutter wohl nicht standesgemäß genug, sie wollte sie nicht vorlassen. Aber Mutter war wie gelangt eine energische Frau, und so schob sie das sich ihr entgegenstellende Hindernis einfach beiseite.

Und dann erschien sie vor Sr. Allmacht, dem hochgeachteten Herrn Lehrer. Sofort fragte sie ihn, warum er den Jungen so furchtbar verprügelt hätte. Die Antwort war, daß Friz ein ganz fauler und verstoffter Bursche sei. Meine Mutter fragte den Lehrer weiter, wo denn seine Frau ihre Kinder ausgetragen habe, ob unter dem Herzen oder woanders. Ob dieser offenen Frage wurde der Lehrer stich und antwortete entsprechend, worauf ihm meine Mutter erklärte, daß sie ihre Kinder nicht auf dem Mist gefunden hätte. Und dann holte sie den unter der Schürze verborgenen Besen hervor und bearbeitete damit den Lehrer auf

Friederichs gegen die Kadaver-Studenten.

Friederichs Rex, der Heros „nationaler“ Kreise, wird von unseren diktaurfreudigen Nationalisten immer wieder kritisiert in materaligen, fälschlichen Filmen, eifrig Filme blasend, bald sehen wir ihn nach dem Motto: „Immer feste druff!“ egal Kriege führen. Der Stahlhelm fährt längst, anlässlich seines „Volks“entscheides wieder ein Friederichs-Plakat vor, auf dem man den kräftigstschwingenden König sah, wie er den Landtag auflöst. Nur auf dem Plakat! In Wirklichkeit mußte die Auflösung wegen technischer Schwierigkeiten noch etwas vertagt werden! Kurz, die „Nationalen“ zeigen sich eifrig bemüht, zu jedem politischen Ereignis der Jetztzeit die mutmaßliche Ansicht des großen Königs illustriert vorzuführen. Friedrichs II. Meinung über die Studentenauflösungen in Halle, in Wien und anderswo ist bis jetzt nur den Leuten, die sonst über des Königs Meinung so gut unterrichtet sind, noch nicht mitgeteilt worden. So daß wir in diesem Falle einmal Gebrauch machen von dem Vorrecht der Rechten und diese Ansicht in folgendem mitteilen.

In einer Verfügung aus dem Jahre 1750 nimmt Friedrich II. Stellung zu kleineren Skandalen der Berliner Studenten.

Manches an dieser Verfügung kann nur geschichtliches Interesse beanspruchen, doch einzelne Punkte dieses Dekretes:

Um die Freiheit!

*Aus den Tränen, die das Blind weint,
Maß der neue Völkertrag entprießen!
Lichte Zakanit, die ans froh vereint,
Soll die ganze Menschheit headig großen!
Lebentrot und frei die Welt zu schauen —
Brüder, Schwestern, welch ein hohes Glück!
Darum laßt die neue Welt uns bauen
Freudig, keiner trete feig zurück!
Wer von uns will da noch länger zagen?
Mutig vorwärts durch die dunkle Nacht!
Laßt uns rüstig unsere Fahnen tragen,
Bis für immer uns die Sonne lacht!
Laßt um unser hohes Ziel uns ringen,
Um die Freiheit, um das höchste Gut!
Ihm gehören anseres Herzens Schwöbungen,
Wenn es sein muß, auch des Herzens Blut!
Dann wird hell und klar die Freiheit strahlen,
Unser hohes Menschenideal —
Tief begraben liegen Not und Qualen,
Menschenglück strahlt über Berg und Tal!*

Otto Dazko.

kreies zeugen für die berechtigte Aufnahme, daß Friedrich II. wesentlich scharfer gegen die bornierten, rechtsradikalen Unruhestifter an der Universtität Halle vorgegangen wäre, als es in der „Judenrepublik“ geschehen dürfte.

In dem Dekret vom 9. 1750 heißt es u. a.: „Soll ein jeder Student sich einer ehrbaren und anständigen Lebens-Art befleißigen, sich überall bescheiden und friedlich betragen, und alle liebertlichen Händel und Ergesse gänzlich vermeiden.“

Es soll demnach kein Student sich unterstehen, auf den Straßen zu rufen, zu schreien, jemanden zu provozieren oder herauszufordern und Schlagereien zu machen; Widrigenfalls derselbe sofort arrestitert, nach dem Carcer gebracht, und befundenen Umständen nach relegiert und von der Universtität gänzlich weggeschafft werden soll.“

Weiter heißt es in dem Erlaß Friederichs: „Es versteht sich von selbst, daß jeder Student sich des Schleiens in der Stadt und dergleichen, ferner des Fensterreinmehrens, Beschädigung der Laternen, publiquen und Privat-Häuser, enthalten muß, bei Strafe des Carcers und der Relegation.“

Diejenigen, die sich bei Arrestationen denen Weibchen, Schaar-Wächern und dergleichen misbehören oder diese provozieren oder sonst mit Worten oder in der Tat affrontieren, soll mit dem Carcer oder der Relegation bestraft werden.

Der oder diejenige Studenten, so sich unternehmen werden, Complots zu formieren, um Aufwiegungen zu machen, an das sogenannte schwarze Brev zu schlagen, oder sonst öffentliche Tumults zu machen, sollen cum infamia relegiert und dem Befinden nach noch härter bestraft werden.

Die denen Studenten dicke Strafen sollen ohne Remission vollzogen werden; wozu beobachtet werden soll, daß Studenten, so von vornehmer Herkunft seyn, ihre begangene Verbrechen mit Gelde hüßen sollen, andere aber von geringer Herkunft sollen nicht an Gelde, sondern mit dem Carcer bestraft werden, damit sonst nicht deren Väter Vermögen haßt des Verbrechers gestraft werde, und dieses vor jense hüßen müsse. Die Relegationen aber müssen niemals durch Geld abgekauft werden.“

Für Herrn Eugenberg, der sich bisher in besonders zu der Gestalt des großen Königs hingezogen sieht und der schon manches Geld mit seinen Friederichs Rex-Filmen verdient hat, bestünde jetzt ein glänzender Anlaß, nach dem „Höfenkonzert“ einen weiteren Friederichs Rex-Film herauszubringen, etwa mit dem Titel: „Die F e n k e n“. Mit diesem Titel wäre dann gleichzeitig ein symbolisch angeedeutet, was Friedrich II., falls er noch lebte, den halbesigen Studenten und Hresgleichen an anderen Orten beibringen würde!

Der Anruf.

Frau Lina hätte in der Blütezeit ihres Lebens auch nicht gedacht, daß sie in ihren alten Tagen noch zu Herrschaften gehen müßte, um durch Waschen und Putzen ihr Brot zu verdienen. „Inflation“ hieß der Teufel, der das vollbracht hatte.

Zu Frau Linas Kunden zählt eine Herrschaft, vor deren Namen das Wort „General“ steht. Die Frau General hatte vor der Ursache aller Inflationen, dem Kriege, nie die Herrschaft gehabt, „Frau General“ zu werden. Und sie wurde es während des Krieges auch nicht, „Republik“ aber heißt der reiche Mann, der den Titel nachträglich verliehen hatte. Es soll dies ganz in der Ordnung sein, denn wenn der Krieg noch eine Zeitlang gedauert hätte, wäre er es ja doch geworden.

Aber auch sonst ist zwischen den in der Erstlingszeit der deutschen Republik Geschädigten und Bescherzten alles verkehrt. Frau Lina und Frau General illustrieren dies am besten. Deren und Gefunden, Sorgenlos und Sorgenlos, Gott und Haben.

Wieder war Frau Lina als Wäscherin bei Frau General. Während des Weichens im Hofgarten hatte sie eine Frage an die Gnädige. Und sie rief am Hause hinauf: „Gnäd' Frau!“ Keine Antwort. Frau Lina murmelte: „Sie ist doch in der Küche und muß es hören.“

Lauter rief sie: „Gnäd' Fraaaaau!“ Keine Antwort. „Gnäd' Fraaaaaaaaau!“ Noch blieb alles still. „Gnäd' Fraaaaaaaaau!“ Nichts rührte sich.

Frau Lina murmelte: „Ja, was denn jetzt? Sie ist in der Küche und muß es doch hören.“ Dann schloß sie die Tür, — nein, wollte rufen, setzte aber wieder ab. Noch einmal machte sie den Versuch, zum Hofen, das Wort wollte nicht aus ihrem Mund. Er muß ihr hart angekommen sein, dieser neue Ruf. Dann aber machte sie gleichsam einen Anlauf und rief was ihre Lunge hergab:

„Fraa Generaaaaaaaau!“

Frau Lina war mit dem letzten „-aa!“ noch gar nicht fertig, da erschien die Dame am Fenster.

Karl Ritter.

Die Kultur in 50 Jahren.

Nach der Ansicht des Prof. Muckermann, eines Fachmanns auf dem Gebiete der Erbfolge, müssen die Menschen in 50 Jahren ohne Kultur sein. Er ist zu einem „niedererschmetterten Ergebnis“ gekommen, nämlich dem, daß die Begabten Deutschlands kaum so viele Kinder erzeugen, um ihre Art zu erhalten.

Das könnte wirklich „niedererschmetternd“ sein, wenn es sich tatsächlich um die Begabten handelte. Aber, wie die Ausführungen von Muckermann im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie zeigen, verfehlt Muckermann unter den „Begabten“ nur die Hochschullehrer und andere Intellektuelle, die durch äußere Umständen zufällig eine Entfaltung ihrer intellektuellen Fähigkeiten erlangen konnten. Ob es sich hierbei immer wirklich auch um Begabte handelt, wird nicht gesagt. Davon, daß auch in der Masse des Volkes Tausende und aber Tausende Begabte haben und Entfaltung ihrer Begabung und der ihrer Kinder verlangen, finden wir kein Wort. Nur in der kleinen Gruppe der heute intellektuell Tätigen sieht Muckermann die Intelligenz. Und ob deren Kinderermangel gerät er in Aufregung wegen der Zukunft unserer Kultur! Muckermann kann ohne Sorge sein. Der Kampf der Masse geht auch um das geistige Lebensrecht. Und da wird durch die freie Mitwirkung des Geistes aus dem Volk die Kultur in 50 Jahren g r ö ß e r sein als heute ist!

In der „Deutschen Corpszeitung“ (Studentenblatt) stand kürzlich eine wundervolle Geburtsanzeige. Der Pariser „Matin“ druckte sie am 20. November mit Wehagen in deutsch und französisch nach. Die Anzeige lautet:

«Zwanzig Millionen Deutsche zuviel!»

(Gtemeneau.)

Die glückliche Geburt ihres achten Kindes und vierten Knaben Horst Richard zeigen stolz und hocherfreut an

Dr. phil. Richard Grün,
Saxoniae Jena.

Düsseldorf und Frau Atti, geb. Passow

«Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!»

So werfen sich die Chauvinisten hüben und drüben einander die Bälle zu. Hoffentlich wird der Dr. phil. Richard Grün, falls es losgeht, mit seinen Söhnen im vordersten Schützengraben liegen...

Das Tintenfaß als Halsdekoration.

Bei der Beratung des Ausgabepensens für die Wahlkonkulu wies im Reichstag ein Abgeordneter darauf hin, daß sich Vorkommnisse nicht wiederholen möchten, wie es einmal dem Minister Stresemann passiert sei. Damals habe der Wahlkonkulu eines allerdings erloschenden Staates zum Dank für seine Tätigkeit ein Tintenfaß aus der Preussischen Porzellanmanufaktur erhalten. Bei dem nächsten großen Staatsfeste erschien der so Dekorierter mit einer großen Halskette, an der das vom Deutschen Reich geschenkte Tintenfaß baumelte. Diese Tatsache müsse man realpolitisch bedenken, wenn man über die Verschönerung von Orden urteilen will. — Allzu weit scheint es mit dem Wahlkonkulu, auch wenn er großartig war nicht hergemessen zu sein.

Ans dem „Hilfeschaffenden“ Wirtschaftslieben.

Unlängst ging ich nachtschwermere durch die Käufnerstraße in Wien. Da kam eine hübsche berufstätige Dame auf mich zu, webete köheft mit ihrem edel geformten sex appeal und stiftete: „Komm mit mir, Bubi, da halt soll mehr davo, als mannt bei Gid in aner Dank anhalt!“

Der „Wahrer Jaro.“



Mutter schlug so lange zu, als sie nur den Arm rühren konnte.

eine ganz gottschämmerliche Weise. Mutter schlug so lange zu, als sie nur den Arm rühren konnte, sie verlorle den Lehrer bis unter den Tisch, ja schließlich bis unter das Sofa, unter dem sie ihn dann wieder hervorholte und weiter verprügelte. Die schredensbleich um Hilfe rufend dem Lehrer zu Hilfe kommende Gattin bekam aus „Versehen“ ebenfalls ihren Teil ab.

Als dann die jastige Vergeltung ihr Ende gefunden hatte, empfahl meine Mutter dem sich Kopf und Gesicht reißenden Lehrer, er möge nun Anzeige machen, sie freute sich darauf, vor Gericht stellen zu können, wie dieser Prügelpädagoge Kinder behandle.

Aber aus der ganzen Geschichte wurde dann nichts mehr. Sie hatte in der Wohnung des Lehrers ihren Abschuß gefunden. Mehrere Wochen konnte sich dieser Held draußen nicht sehen lassen; denn meine Mutter hatte es bei der nachdrücklichen Belohung des Lehrers über die Behandlung von Kindern vor allen Dingen auf den Schödel ihres Opfers abgesehen. Ein Onkel hatte die Angelegenheit; die Prügel in der Schule ließ nach und meine drei Geschwister kamen dabei am besten weg, sie blieben davon gänzlich verschont.

Meine Mutter lagten später einige Lehrer, sie hätte das rechte Mittel angewandt zur Erzielung jenes Prügelpädagogen. Wie gesagt: sie war eine energische Frau.

Karl Ritter, Dresden.

2. 11
70.7
60.8
64.4
65.4
74.8
64.7
80.2
81.2
89.6
82.8
70.5
77.0
67.2
59.7
75.9
70.0
79.2
75.4
70.8

72.88

Wir fordern Wohnungsbau!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag die Reichsregierung auf, zur Bekämpfung der ungenutzten Arbeitslosigkeit, den Kleinwohnungsbau zu fördern und hierfür die Mittel der Hauszinssteuererträge mitebenfalls in dem Umfang bereitzustellen, der sich auf Grund der Vorkriegsordnung vom 1. Dezember 1930 ergibt. Ferner fordert sie, die Länder und Gemeinden, die für den Wohnungsbau gesetzlich bestimmte Hauszinssteuermittel für andere Zwecke verwendet haben, anzumelden, diese Mittel wieder dem Kleinwohnungsbau zuzuführen und vom 1. Januar 1932 an den Aufwand zur Deckung der erhöhten Zinsen für die aufgemieteten Hypotheken nur den Hauseigentümern aus der Hauszinssteuer zu verfügen, die nachweisen können, daß sie den Mehraufwand aus den Mieten nicht decken können. Die Sozialdemokraten fordern ferner, die Kleinhauseigentümer, deren Eigenhaus nur einen Vorkriegswert von 5000 M hatte, von der Zahlung der Hauszinssteuer zu befreien. Außerdem sollen die Mieten der in den Jahren bis 1930 errichteten Neubauwohnungen, deren Wohnfläche 70 qm (mit Ausnahme der Wohnungen für Kinderheime) nicht übersteigt, durch Steuerbefreiung, Aussetzen der Tilgung und Verzinsung der Hauszinssteuerhypotheken sowie durch Zinszuschüsse aus den Rückflüssen der Hauszinssteuer gesenkt werden. In der gleichen Weise sind die Lasten der Kleinrentner zu senken.

Der Bundesvorsitzende spricht.

Mit diesen Anträgen hat sich am 23. November der Wohnungsausschuß des Reichstags befaßt. Unser Bundesvorsitzender Kollege Nikolaus Bernhard begründete in eingehenden Darlegungen die Forderungen, und führte etwa aus: Bis 1930 war es ungeheures Geseß, daß man aus wohnungswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten Bauförderungsmaßnahmen freiben müsse. Davon ist man aber abgekommen. Zwar habe noch das Bauprogramm der Reichsregierung vom Jahre 1930 „ein mehrjähriges Programm für den Wohnungsbau und die landlichen Siedlungen mit dem Ziel der bestmöglichen Verminderung der Wohnungsnot aufzufüllen“ für nötig befunden, aber auch davon ist man abgekommen, weil die Privatwirtschaft es nie verschmerzen konnte, daß im Wohnungsbau und im Wohnungswesen die öffentliche Hand bessernd eingreift. Infolge des Kurses zu wechseln, hat das Bedürfnis der Reichsregierung nach Anlehnung an die Rechtsparteien, bei der Ermäßigung der Steuerlast, zumal in diesem Kampf schon vorher zwei Finanzminister gefallen waren. Es werde behauptet, die öffentliche Förderung der Bauwirtschaft habe nur Nachteile gebracht, es sei eine verwerfliche Wirtschaft getrieben worden. Zwar wurde dies nie bewiesen, aber die Regierung glaubte, durch Senkung der Reallohnern die Initiative der Unternehmer anzuregen. Das war ein sehr schwerer Irrtum! Die Reichsregierung hat die Mittel, zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen gegen die Bauwirtschaft vorzugehen.

Was hat aber die Regierung nicht gemacht!

Man braucht nur das Wort Zement auszusprechen, um zugleich einen Hinweis zu geben, wo man hätte anpacken können. Statt dessen stürzt sich die Regierung auf die Löhne und engt den Blick auf dem Binnenmarkt noch mehr ein. — In ausführlichen Darlegungen über die Löhne im Baugewerbe, die im Durchschnitt in diesem Jahre 12%, in einzelnen Gewerken sogar bis zu 43% gesenkt seien, zeigte Kollege Bernhard die katastrophalen Folgen des Lohnabbaus. — In eine Zinsenkung oder habe die Reichsregierung nicht gedacht; obwohl gerade hier mit einer geringen Senkung das Vielfache dessen hätte erreicht werden können, was sie mit der Minderung des Verdienstes der Bauarbeiter erreichen zu können glaubte.

Der Reichsarbeitsminister hat einmal gesagt, mit der Drosselung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau wolle man Wirtschaft und Finanzen sanieren. Dieser Versuch ist kläglich mißlungen! Wer auf das „Spiel der freien Kräfte“ Hoffnungen setzt und glaubt, die Wirtschaft wieder beleben zu können, ist auf falschem Wege. Wer die öffentlichen Ausgaben droffelt, der muß wissen, daß die Produktion in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, verursacht durch die Drosselung des öffentlichen Wohnungsbauens, zwang in immer steigendem Maße zu Rückgriffen auf Kapitalien; unendlich hat die Arbeitslosigkeit der Massenkaufkraft Abbruch getan und dann mußten Reich und Gemeinden die Arbeitslosen durch geldliche Unterstützung vor der größten Not schützen. — Bernhard zeigte die Größe der Ausfälle an baugewerblichen Aufträgen auf, wie stark der Umsatz zurückgegangen und welche Folgen dies für die Bauarbeiter hat. Der Lohnausfall betrage, wenn man die Bauoff- und die Eisenindustrien berücksichtigt, allein 2 1/2 Milliarden! Das entspreche einem Ausfall von 2900 Millionen Arbeitsstunden im Jahre und zugleich einem Ausfall von mindestens 100 Millionen an Lohnsteuer und 400 Millionen an sonstigen Steuerausfällen. Was hat das Reich durch seine Drosselungspolitik gewonnen? Gar nichts!

Zur der Volkswirtschaft, dem Gesellschaftsleben und der staatspolitischen Einstellung der Arbeiterklasse ist ungeheurer Schaden zugefügt worden! Jede Mark Hauszinssteuer ermöglicht, mindestens weitere 2 M privaten Baugeldes flüssig zu machen. Bei der Politik der Reichsregierung kann man nicht von einer Politik zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen sprechen. Es ist eine arge Verfallung jedes Sanierungsprogramms, auf der einen Seite zu droffeln, auf der anderen mit vollen Händen auszugeben. So aber ist gehandelt worden bei der Subventionierung der Großlandwirtschaft, gewisser Industriewerke und Banken. Es ist sehr zweifelhaft, ob der Volkswirtschaft damit etwas angesetzt wurde. Heute gilt immer noch, was das Reichsarbeitsministerium in seiner Denkschrift vom Jahre 1927 ausgesprochen hat. Die gegenentworfene „Berechnung“ des Instituts für Konjunkturforschung bedeutet lediglich eine fachmännische Hilfsleistung für die heutige Regierungspolitik. Gemäß gibt es leerstehende Wohnungen. Aber es gibt auch abbruchreife Wohnungen in ungeheurer Zahl. Wir müssen Kleinwohnungen haben mit tragbaren Mieten. Traubare Mieten gibt es aber nur, wenn die öffentliche Hand den Wohnungsbau unterstützt. Mit billigen Wohnungen hat man in Preußen die besten Erfahrungen gemacht. Nach dem Mitteilungsblatt des Preussischen Wohlfahrtsministeriums ist der Bedarf an billigen Wohnungen in Preußen noch dazwischen groß, daß unvorstellbar die fünfstufige Zahl hätte vermehrt werden können. An Mieten mangelt es nicht. Das für den

„Die Baraber vom Waldensee“

... Es handelt sich um eine Darstellung des Arbeiterlebens, verknüpft mit dem Bau und Werden eines unserer modernsten Kulturwerke. Der Kampf der Arbeiter mit einer starren, oft feindlichen Natur, mit der sie zehnfach zermalmenden deutschen Wirtschaftsnote, mit den Vorurteilen der sich höher und wertvoller dünkenden Mitmenschen und gegen die eigene Unwissenheit, gegen Dummheit, Dampfnheit und Laster, gegen persönlichen wie politischen Eigennutz und schließlich für gewerkschaftliche und solidarische Erziehung wird hier treffend geschildert. Gute Bilder gehen dem Leser einen Begriff von dem fortschreitenden Werden des Werkes...

So schreibt die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB, über das im Verlag unseres Bundes erschienene Buch unseres Kollegen Josef Rambeck.

300 Seiten, in Leinen gebunden. Für Bundesmitglieder 3 M bei den Baugewerkschaftsvorständen.

Wohnungsbau aufgewendete Kapital ist nicht verloren. Beim Bau von größeren Wohnungen hat man übersehen, daß aus der großen Schaar der Wohnungsluchenden durch Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit bisher Kaufkraftige ausscheiden mußten, weil sie eine größere Wohnung nicht bezahlen konnten.

Die Hauszinssteuer ist notwendig.

Hätten wir freie Wohnungswirtschaft, dann hätten wir etwas erlebt! Die Hauszinssteuer ist ein Entgelt für den Aufschubungsgewinn, den der Hauseigentümer durch die Inflation gemacht hat. Was noch aufkommt, sollte restlos dem Wohnungsbau zugeführt werden. Daß die Hauszinssteuer gerechtfertigt ist, erkennt auch Dr. Karbong von der Gewerkschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken an. Und die Württembergische Wohnungs-Kreditbank sagt, daß bei einer Privatfinanzierung der öffentlichen Zinsaufwand zu hoch sein würde, da sich daraus angedeutet der heutigen Einkommensverhältnisse untragbare Mieten ergeben würden. Der jetzige Reichskanzler, Dr. Brüning, forderte einmal, daß die Finanzpolitik des Reiches und der Länder die Möglichkeit gebe, den Anteil der Hauszinssteuer, der für Wohnungsbauzwecke verwendet wird, schriftweise zu festlegen. Auch der Reichsfinanzminister hat anerkannt, daß es nicht möglich sei, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wenn man nicht die Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe ankurbelt. Das Kernproblem der Krisis sei, ob es gelingt, die Hunderttausende von Bauarbeitern wieder in den Arbeitsprozeß einzuziehen. Mit diesem Erkenntnis des Reichsfinanzministers ist es unverdenklich, daß eine Totenordnung erlassen wurde, die der Bauwirtschaft ihre letzten Arbeitsmöglichkeiten entziehen will. Der jetzige Reichsarbeitsminister Segerwald hat einmal ausgesprochen, daß die Geminnisse, zu gefundenen Wohnverhältnissen zu kommen, überdauern werden müssen, wenn wir nicht an der Wohnungsnot mit ihren furchtbaren sittlichen, moralischen und wirtschaftlichen Auswirkungen zugrunde gehen wollen. Eine völlig freie Wohnungswirtschaft — so jagte feinerzeit der Reichsarbeitsminister — im kapitalistischen Sinne dürfte überhaupt nicht wiederhergestellt werden.

Wo stehen wir heute unter Brüning und Segerwald?

In die antihumanen Zustände der Vorkriegszeit dürfen wir auf keinen Fall wieder zurück. Beschreitet die Regierung den Weg, den wir ihr zeigen, daß sich Hunderttausende von Menschen Arbeit geschaffen; dann wird auch den Worten des Kanzlers im Reichsparteitagsschuß des Zentrums Rechnung getragen: „es komme bei allen Opfern darauf an, daß das Volk das Gefühl der unbedingten Gerechtigkeit, das Gefühl der gleichmäßigen Lasten und Opfer hat!“ Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat seine Arbeiten fortgesetzt.

Streiks u Lohnbewegungen

Löpper: Geperert sind: In Crimmitschau die Firma Fezinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Jelsch die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Brändke und Wölme. In Schleswig-Holstein streiken die Ofenheizer.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Nürnberg. (Johann Merkel 65 Jahre.) Am 5. Dezember vollendete unser Bezirksleiter Kollege Johann Merkel sein 65. Lebensjahr. Als armer Tagelöhnerjunge erlernte er in Ansbach das Maurer- und Steinbaugewerbe. Schon in seinen Jugendjahren widmete er sich der Arbeiterbewegung unter Führung Karl Grillenbergers, insbesondere aber auch der Bauarbeiterbewegung. Wir können unseren Freund Johann getroffen als den Vater der Bauarbeiterorganisation in Nordbavern bezeichnen. Im Jahre 1901 beforderte der Maurerverband, nachdem er eine Bezirksleitung beschloss, unseren Johann zum Bezirksleiter. Seit dieser Zeit wirkt er ununterbrochen und mit großem Fleiß für die Verbesserung der Lebenslage der Bauarbeiter. — Ein ganz besonderes Augenmerk richtete aber Johann Merkel als



Bezirksleiter Nordbaverns. Seit dieser Zeit wirkt er ununterbrochen und mit großem Fleiß für die Verbesserung der Lebenslage der Bauarbeiter. — Ein ganz besonderes Augenmerk richtete aber Johann Merkel als

Das Bauwerk

Ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Baugewerksbundes. Werbt eifrig Bezieher!

Vorsitzender der Landesbauarbeiter-Schußkommission auf den Bauarbeiterkongress. Vornehmlich in seiner Eigenschaft als bayerischer Landesbauarbeiterführer der Sozialdemokratischen Partei hat er in den Jahren 1902 bis 1906 auf diesem Gebiet hervorragendes geleistet. Auch als Magistratsrat der Stadt Nürnberg 1908 bis 1918 hat er sehr erfolgreich für das Baugewerbe wirken können. Neben dieser umfangreichen Tätigkeit war unser Johann von 1893 bis 1903 als Vorsitzender im Reichsversicherungsamt für die Arbeiterklasse tätig. — So hat unser Freund Johann ein bewegtes und arbeitsreiches Leben hinter sich. Wir gratulieren ihm von Herzen zu seinem Lebensjubiläum und wünschen ihm und seiner ebenfalls 65jährigen Marie noch recht viele und frohe Lebensjahre!

Aus den Baugewerkschaften

Lüdenscheid. Das Stadtbauamt feilt mit, daß Erwerbslose, die eine Siedlerstelle haben wollen, sich auf dem Stadtbauamt melden können. Nach Ansicht des Stadtbauamtes sollen sich als Siedler hauptsächlich Bauarbeiter eignen. Wir bitten unsere Kollegen, die Interesse an einer Siedlerstelle haben, sich auf dem Bauamt genau nach den Bedingungen zu erkundigen und dann auf unserem Büro vorzusprechen.

Mainz. (Kassierer-Jubiläum.) Kollege Adam Cöhrum, Zahlstelle Nieder-Elm, ist seit mehr als 25 Jahren als Kassierer tätig. Bei Gründung der Zahlstelle



im Jahre 1905 wurde er als Kassierer gewählt, und noch heute vertritt er trotz seines hohen Alters von 74 Jahren den Posten mit einer Umlicht und Gewissenhaftigkeit wie letzten einer. Seinem Einfluß und seiner Lastrakt ist es zu danken, daß die Zahlstelle den Krieg und die schlimme Wohnungsnot überdauert, während damals viele Zahlstellen aufgelöst sind und frischer neu gegründet werden mußten. Durch seine lebenswichtigen, aber bestimmte Art hat Adam sich die Sympathie nicht nur bei seinen Kollegen in der Zahlstelle, sondern der gesamten Baugewerkschaft erworben. In seiner Treue zur Organisation und seinem Pflichtgefühl ist Adam Cöhrum allezeit ein Vorbild für unsere jüngeren Kollegen. — Adam ist am 24. Dezember geboren und würde eigentlich ein Christkindchen sein. Seinem Aussehen nach gleich er aber mehr dem Nikolaus oder dem Hütchen. — Wir wünschen ihm, daß er noch recht lange in geistiger und körperlicher Tätigkeit als Kassiereramt ausübt.

Würzburg. Nachdem die Anträge der Unternehmer auf Zurückeroberung der Ortsämter nicht zum Ziele geführt haben, werden die Unternehmer bemerkt, alles erdenkliche „Material“ zur erneuten Stellung ihres Antrages zusammenzutragen. Wir machen alle Mitglieder darauf aufmerksam mit der Bitte, unsern Büro die Namen der Bauunternehmer und der Bauarbeiter mitzuteilen, die gegen die tariflichen Bedingungen verstoßen.

Aus der Bauarbeiter-Internationale

(B.-I.) Internationale Schulungsarbeit. In den Jahren 1930 und 1931 haben insgesamt 27 Kameraden aus Dänemark, Großbritannien, Holland, Oesterreich, Schweden und der Tschechoslowakei an den Kursen des Deutschen Baugewerksbundes im Schulheim am Werlsee teilgenommen. Der Unterricht in diesen Kursen erstreckte sich hauptsächlich auf die Jugendarbeit. Außerdem ist auf diese Weise die beste Gelegenheit geboten, sich gegenseitig kennenzulernen und Freundschaftsbände anzuknüpfen. Sämtliche Kursteilnehmer lernen dabei auch den Auf- und Ausbau der Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern kennen. Jedenfalls werden sich die im Schulheim am Werlsee entstandenen Freundschaften als nutzbringend auswirken für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die Sprachschwierigkeiten bei diesem Zusammenleben dürften ein Ansporn sein zur Erlernung fremder Sprachen, wodurch ebenfalls die internationale Verständigung in der Zukunft erleichtert würde. Soweit es möglich war, konnte die Verständigung in diesen Kursen durch Kameraden bewerkstelligt werden, die mehrere Sprachen können. Im übrigen beherrschten außer den englischen Kursteilnehmern fast alle übrigen ausländischen Teilnehmer die deutsche Sprache.

Der Erfolg einer solchen internationalen Schulungsarbeit kann allerdings nicht zahlenmäßig erfaßt werden. Jedenfalls hatten die daran beteiligt gewesenen Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes davon einen großen Nutzen. Sie lernten außerordentliche Verhältnisse kennen und die Schwierigkeiten internationaler Zusammenarbeit. Die Kameraden vom Auslande werden den gleichen Nutzen gehabt haben. Es kommt hinzu, daß bei Auslandsreisen mit einem bestimmten Studienzweck das Bestreben, möglichst viel zu sehen und zu lernen, neues zu erfassen und nach Hause mitzubringen zur Förderung der eigenen Bewegung, durch solche Kurse einen starken Antrieb erhält. Die Auswirkungen können sich natürlich erst später zeigen.

Solche Schulungskurse sollen auch dem Austausch fachlicher Erfahrungen dienen. Soll die Bauwirtschaft einmal von Arbeitern geführt werden, dann müssen bei diesem auch durch internationale Erfahrungen bereicherte wirtschaftliche Kenntnisse vorhanden sein. Solche Zusammenkünfte haben also vor allem auch einen großen Zukunftssinn. In den hinter uns liegenden internationalen Schulungswochen im Heim am Werlsee dürfen wir einen vielversprechenden Anfang einer großen internationalen Aufgabe sehen, die zu erfüllen internationale Pflicht ist.

Politische Zeitnotizen

Severing, Reichswehr, Faschismus. In einer Kundgebung der republikanischen Jugend sagte Carl Severing: Man erlaube uns zu sagen, man sagt, daß man vor allem die Nachmittage des Staates gewinnen müsse, die Reichswehr und die Polizei. Wenn das nicht bei der Ordnung der Republik und die nicht kam. Ich verstehe, daß Menschen, die vier Kriegsjahre durchgemacht haben, nicht mehr die Sinne auf den Dackel neigen wollten. Trotzdem aber handelte sie falsch, und was damals falsch war, ist heute nicht richtig. Man kann der Reichswehr durch Bewilligung des Etats die materielle Basis geben; es bedarf aber auch der geistigen Basis. Man wird die Reichswehr nicht gewinnen, wenn man sie durch eine abermalige und tiefschlechte Kritik verfallt. Wenn beide, Regierte und Regierende, aus begangenen Fehlern lernen, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir die Republik nicht vorwärtsbringen. Ich bringe keine Parolen, die Selbsthätigkeit gleichen, wie die Klopffechter des Dritten Reiches. Wenn wir die Prämisse der Weimarer Verfassung zum Inhalt unserer politischen Lebens machen, dann brauchen wir keine neuen Parolen. Die der Ausgabe von Parolen freie ich mit den Kommunisten und der sozialistischen nicht in Wettbewerb. Wer vor der eventuellen aber entfernt liegenden Möglichkeit, daß der Faschismus die Macht ergreift, Angst hat, muß ein erdärmlicher Sündbock sein. Im Kampf, den Faschismus abzuwehren, muß alles getan werden. Kommt er, so kämpfen wir weiter, weil wir wissen, daß es sich um einen wässren Traum, um eine Umnebelung handelt. Wir wissen, daß der faschistische Sturm an dem Felsen zerfallen wird, den wir bilden!

Kampf dem Terrorismus! In einer Rede vor Berliner Reichsbannerleuten richtete Genosse Breitscheid an das Volk die Mahnung, wenn es den deutschen Chauvinismus als eine Störung des Friedens empfinde, dann solle es Deutschland das Wasser von der Nase nehmen. — Die Reichsregierung darf die Unmöglichkeit nicht allein bei den Kommunisten suchen. Die Arbeiter beginnen sich zu fragen, ob man eine Regierung noch führen soll, die sie nicht mehr in Schutz nimmt gegen ihre Feinde. Die Gefahr wäre geringer, wenn die Arbeiterkraft einig wäre. Das Zentralorgan der Kommunisten bezeichnet die Sozialdemokratie als den Hauptfeind. Diese Teile der Arbeiterkraft haben offenbar die Gefahr, die von dem Faschismus droht, in ihrem ganzen Umfange noch nicht begriffen. Ich fürchte, sie werden sie erst begreifen, wenn es zur Abwehr zu spät geworden ist, wenn die Freiheit der Rede und Presse zerstört ist, wenn nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse vernichtet sind. Eine der wichtigsten unserer Politik gegenüber der Regierung ist die, daß sie den Kampf gegen den Hitlerischen Terrorismus energisch führt, eine andere, daß sie nicht fortfährt, die Hauptkräfte des arbeitenden Volk auszuverkaufen. Wenn in dieser Hinsicht die Regierung nur die Warnungen zu leicht nimmt, darf der katholische Reichskanzler doch die Mahnungen nicht in den Wind schlagen, die der katholische Klerus des Ruhrgebiets ausgesprochen hat. Wenn es ernst um die Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung ist, der hat die Pflicht, die Kosten der Schützen zu erleichtern, die die beste und die einzig kräftige Stütze der Republik und dieser Verfassung sind!

Sungerkuren, Feldgerichte, Erschießungen. Das sind die Mittel nationalsozialistischer „Politik“ für den „Fall der Nachkriegsregung“, hineingebracht in den Entwurf eines Regierungsprogramms der heftigsten Nationalsozialistischen Partei. Der Entwurf befähigt, was mit Ausnahme gewisser Regierungsstellen in Deutschland jedermann weiß, daß die Regalitätschritte Hitler's nicht anders sind als Faschische, daß Hitler schon längst dorthin gehörte, wo man solche Leute hinhinsetzen pflegt. Der Entwurf, von Hauptleuten, Kapitänen, Leutnants und Akademikern der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ stammend, heißt vor, daß die Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Partei neben einer noch zu bildenden Landeswehr als offizielle Polizei und Inhaber der vollständigen Gewalt auftreten. Diese vollständige Gewalt soll die Todesstrafen durchführen, die selbst für geringste Vergehen ausgesprochen werden sollen. Widerstand gegen die SA wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft; auf der Stelle erschossen werden soll, wer nicht binnen 24 Stunden seine Schießwaffe abliefern wolle. Zur Durchführung der Volksernährung, die ebenfalls mit dem Schleppeilger der Partei werden soll, wird die Kollektivpöpelung und daneben die Ausgabe von Lebensmittelkarten wie im Kriege vorgeschrieben. Auch andere Dinge, mit denen man aber lediglich bei den Wehrkräften der Wehrkräften Einbruch finden will, sind in dem Entwurf vorgesehen. Vorübergehend soll es kein Privatigentum geben, die Zahlung von Meßzins soll bis auf weiteres aufgehoben werden, jede Zwangsversteigerung soll hinausgeschoben werden. Alles Dinge, von denen man genau weiß, daß sie im Ernst nicht beachtlich sind. Dagegen kann man überzeugt sein, daß die „für alle Deutschen“ vom 16. Lebensjahr an vorgesehene Arbeitsdienstpflicht durchgeführt werden soll. Die Arbeitsdienstpflicht soll nicht gelten für die SA, für die Beamten und — für die Juden. Die letzteren sollen auch keine Lebensmittelkarten bekommen; wahrscheinlich will man sie glatt verhungern lassen. All dies will man durchführen mit besonderer „Verwaltungseinrichtungen“, unter denen Feldgerichte zu verstehen sind. Der Entwurf ist von dem Mitglied der Reichsleitung, Darré, gebilligt worden. Hitler kennt ihn natürlich auch. Damit ist die Illegalität nur noch stärker unterfunden, und der Beweis für den Versuch des Hochverrats erbracht. Hitler, der gerade nach Darmstadt zu einer Konferenz fahren wollte, hat es vorgezogen, dort nicht zu erscheinen. Er wird schon wissen, warum er nicht gekommen ist. Wenn die Regierungen in Deutschland nicht völlig von allen guten Geistern verlassen sind, dann werden sie sehr ernsthaft zugreifen und bemerken, daß es ihnen Ernst ist, den Bürgerkrieg zu verhindern. Die SA-Organisationen müssen aufgelöst, die Parteiführer verhaftet und Hitler schleunigt hinter die deutschen Grenzspalte gebracht werden. — Mebrigens hat der Oberreichsanwalt Werner gegenüber dem Nazis einen höchst überflüssigen Beweis sogenannter faschischer Reichseinstellung gegeben.

Sozialdemokraten beim Reichskanzler. In der schon an anderer Stelle erwähnten Besprechung der Sozialdemo-

kraten mit dem Kanzler wies Genosse Breitscheid darauf hin, daß die Aushebung des Reichsrechts und eine weitere Senkung des Reallohns die innerpolitischen Spannungen verschärft, zu weiterer wirtschaftlicher Drosselung und Arbeitslosigkeit führe und große politische Gefahren hervorbringe. Entsprechend dem Beschluß des Reichstags vom 18. Oktober seien alle Pläne auf Aushebung des Reichsrechts abzulehnen und alle Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Reichsvertrages abzuwehren. Während die Ausführungen des Reichskanzlers bei Abschluß der Arbeiten des Wirtschaftsausschusses zur Grundlage einer neuen Rotenordnung gemacht, dann würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben können.

Verfälschte Strafrecht. Der preussische Justizminister hat aus Anlaß der Aufnahme schwerer Verbrechen im politischen Kampf und der berechtigten Vernehmung schwerer Verbrechen einen Erlaß herausgegeben, in dem es als Aufgabe der Strafrechtspflege bezeichnet wird, mit allen Kräften zu einer Vereinigung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine rasche, tatkräftige und unanständige Verfolgung der Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafen der Schwere der Verfehlung und den von den Tätern verschuldeten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entsprechen, und wenn sie der Tat in kurzer Frist folgen, bilden sie ein wirksames Mittel der Abwehr. Die Vertreter der Anklage hätten das Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Der preussische Justizminister macht die Generalstaatsanwaltschaft, Oberstaatsanwaltschaft in vollem Umfange dafür verantwortlich, daß die Staatsanwaltschaft den bevorstehenden Gesichtspunkten überall Rechnung trage. — Ob es viel nützt wird?

Kampf gegen den Faschismus nach einem einseitigen Plan! Der Bundestrat des Reichsbanners nahm zur politischen Lage Stellung. Die Auffassung der Gaufrüher ging einmütig dahin, daß kein Grund zur politischen Hofflosigkeit vorhanden sei. Es sei aber notwendig, alle republikanischen Kräfte, Parteien und Gewerkschaften aller Richtungen sowie die sonstigen republikanischen Organisationen zu einem gemeinsamen, nach einseitigen Plan geführten Kampf gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen. Der Bundestrat beauftragte den Vorstand, die Initiative zur Schaffung dieser eisernen Front aller Republikaner zu ergreifen. Nachdem die Sozialistische Arbeiterpartei eine eigene Schußorganisation aufzubauen versucht und somit Verfestigung in die Reihen des Reichsbanners tragen will, stellte sich der Bundestrat einmütig auf den Standpunkt, daß die Mitgliedschaft in der SA, mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner nicht vereinbar ist.

„Rote Volkskammer“ in Sachsen. Nach Preußen bekommt nun auch Sachsen seinen „Roten Volkskammer“. Die Deutschnationalen hatten dem sächsischen Ministerpräsidenten erklärt, daß sie einen Volkskammer auf Auflösung des Landtags einleiten würden, wenn er ihren Forderungen nicht eifriger als bisher entgegenkäme. Das gab den Kommunisten den Anlaß, sich zu beeilen, um ihren Mitkämpfern vom preussischen Volkskammerbeirat zu übernehmen, und so beantragten sie ein Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags. Dieser „Rote Volkskammer“ wird von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit der Begründung unterfüttert: „Der Landtag in seiner jetzigen Zusammenstellung entspricht nicht dem Willen des sächsischen Volkes, das insbesondere mit dem marxistischen Einfluß, mit Prinzen und Generalen wird nun von Nationalsozialisten und Deutschnationalen der „Rote Volkskammer“ durchgeführt wird, um dem marxistischen Einfluß loszukommen. „Rot Front!“

Kantzen feie ihre Doppelmehr? Aufschrei mit den heftigsten Landtagswahlen wurden in Wuppertal in Oberhausen auch die Stadtverordneten gewählt. Bei den Landtagswahlen erhielt die nationalsozialistische Liste 1019 Stimmen, bei den Stadtverordnetenwahlen aber nur 583. Also haben 44 % der nationalsozialistischen Landtagswähler die nationalsozialistische Stadtverordnetenliste abgelehnt.

Terrorabwehrstelle. Für die Wuppertaler der Nationalsozialisten bedarf es keiner Bemerkung mehr. Hitler versucht, sie durch „Material“, mit dem er Reglerungsstellen bombardiert, zu erdrücken. Diesen Betrag will die Sozialdemokratische Partei nicht dulden. Sie hat deshalb eine Stelle geschaffen, die das weitere Bemerkungsmaterial von Hitler und seiner SA, durchsucht sichten und ergötzen soll. Alle wesentlichen Angaben sind möglichst in einem möglichst belegter Darstellung unverzüglich zu übermitteln an die Terrorabwehrstelle der Sozialdemokratischen Partei, Berlin S W 88, Lindenstraße 8.

Allgemeine Rundschau

Warum nicht den Schlußdenktag? Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich kürzlich erneut für die Wertzglunddenktag ausgesprochen. In der „Vollständigen Zeitung“, Abendausgabe vom 14. November, nimmt ein ungenannter technischer Direktor eines großen industriellen Werkes zu dieser Forderung Stellung. Er wolle auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hin, um dann folgendermaßen fortfahren: „Statt dessen beginnen wir nur zögernd von einer gesetzlich festgelegten Wertzglunddenktag für ausgeglichene Industriezweige zu reden. Ja, die Industriehauptstädte beschäftigen auf der Leugnung in ihrer Weisheit, daß die Wertzglunddenktag nur durch Verlängerung der Arbeitszeit gelöst werden könne. Ist es denkbar, daß sie wirklich den Wald vor Büumen nicht sehen? Sie möchten die ausländische Konkurrenz unterliegen, die sich doch mit der gleichen Waffe wehren würde. Die kurze Sicht dieses Standpunktes müßte ihnen nachgerade selbst klar geworden sein. Ich bin überzeugt, daß

die Verkürzung auf vierzig Stunden der Entlohnung schon nicht mehr gerecht wird. So kommt in Deutschland zu der gemäßigten Forderung der technischer Produktivität ein Anstieg der Arbeitsmengen gegenüber dem Vorkriegsstand um etwa acht Millionen hinzu. Nichtig ist, daß für eine einschneidende Begrenzung der Arbeitszeit zwecks Aufzulegen der Arbeitslosen eine internationale Vereinbarung anzustreben ist... Warum sind das internationale Arbeitsamt, die Gewerkschaftsinternationale, die Kongresse der Spezialisten so schüchtern? Warum stehen nicht anerkannte Wirtschaftsführer auf, die es wagen, dieses Ziel mit der Kraft ihrer Autorität zu propagieren? Muß die industrielle Souveränität weiter als Felsblock gehärtet werden, auch wenn die Industrie dabei zugrunde geht? Oder wollen die Führer der Wirtschaft in dieser vermeintlichen „Reinigungsaktion“ warten, bis auch die stärksten Säulen zu wanken beginnen? Man, auch dann brauchen sie jetzt nicht mehr länger zu zögern! Der prägnante Punkt also ist: die erhöhte Produktivität, die ein Segen der Menschheit werden sollte und werden kann, ist zum Fluch geworden, weil sie immer größere Massen der Wertzglunden aus dem Produktionsprozess hinausgeworfen und damit zu äußerster Einschränkung ihres Verbrauchs gezwungen hat. Hier grenzenloser Ueberfluß dort grenzenlose Not! Das Heilmittel: Durchführung der Hinausgeworfenen zur Teilnahme an der Erzeugung und damit zur Steigerung des Verbrauchs... Will die kapitalistische Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen, so wird sie diesen Weg beschreiten müssen. Und es wird immer bringender, diesen Kernpunkt des Problems herauszuschälen, ihn gegenüber die Einzelerscheinungen, die Einzelglieder in der Kette von Ursache und Wirkung nur als solche zu bewerten.“ — Wir nehmen die Forderung mit Beugung zur Kenntnis. Daß uns der Schlußdenktag lieber ist als die Wertzglunddenktag, brauchen wir nicht zu betonen.

Etwas für ganz Dumme. Von Zeit zu Zeit berichtet die nationalsozialistische und kommunistische Presse über angeblich lizuridts eingerichtete Gewerkschaftshäuser und Verwaltungsgebäude der Arbeiterkraft. Jeder weiß, daß auch ein Neubau der Arbeiterkraft zwar neu und gut aussieht, aber keineswegs lizuridts eingerichtete ist. Wahre Märchen aus Taufendwunder Nacht wurden von der kommunistischen Presse beispielsweise verbreitet über das Verwaltungsgebäude der Arbeiterbank in Berlin. Jetzt ist das Verwaltungsgebäude der Arbeiterbank in der Reihe. Diese Kummer der „Roten Fahne“, in der dies geschieht, enthält aber eine Widerbeilage, in der mit berechtigtem Stolz russische Gewerkschaftshäuser oder sonstige Stätten der proletarischen Kultur gezeigt werden. In der Nummer 19 des „Roten Stern“ sieht man gleich drei solche Häuser auf einmal; das „Haus der Proletarischen Kultur“, die neue „Kommunistische Akademie“ sowie ein neues Gewerkschaftshaus, alle drei in Tomo-Sibirsk, Sibirien, die trotz ihrer Einfachheit wie Paläste wirken. Die Kommunistische Akademie ist „Jogar“ ein solcher. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, weil wir der Meinung sind, daß für die Arbeiterkraft das Beste gerade gut genug ist. Aber ist es nicht für die Selbstbäume berechnete, wenn die Kommunisten der deutschen Gewerkschaften, die angeblichen „Prunkbauten“ vorhalten und zugleich die der russischen kommunistischen Partei zeigt? Das Gewerkschaftshaus in Berlin wirkt beispielsweise gegen das neue Gewerkschaftshaus in Tomo-Sibirsk wie eine Metzscherei allerersten Stils. Und selbst das Haus des Metallarbeiterverbandes in Berlin kann mit der kommunistischen Akademie in Tomo-Sibirsk nicht konkurrieren. — Aber geht's nicht mehr.

Leistungen der Konsumvereine. Man kann die Leistungen der Konsumvereine nicht in wenigen Worten aufzählen. Auch wenn sie dem Durchschnitt nicht erkennbar sind, stehen diese Leistungen vor uns. Während wir etwa dreißig Jahre zurück auf die Anfänge konsumgenossenschaftlicher Arbeit, so darf heute stehen, was damals dem kleinen Anfang diese Entwicklung nicht zurufe. In rund tausend Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind drei Millionen Verbraucher zusammengeschlossen. Sie haben einen jährlichen Umsatz von fünfzig Millionen Reichsmark. In großen Betrieben wird unablässig an Ausbau aller konsumgenossenschaftlichen Angelegenheiten gearbeitet. Die Rückverteilungsummen der Gewinne werden sorgsam, Brot und Fleischwaren, von den Konsumvereinen kritisch hergestellt, nehmen mit den anderen von Konsumvereinen verteilten Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen in Höhe und Preis jeden Wettbewerb mit privaten Unternehmungen auf. Heute ist nur die Frage erlaubt, wie Qualität und Preis sich entwickeln können, wenn die Konsumvereine nicht die Wege der Qualität und Preiswürdigkeit gesehnen und gegangen wären. Die zentrale Bezugsquelle, die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit ihren mehr als 50 großen Herstellungsbetrieben, gleich einer starken Festung, an der sich das kapitalistische Weltmarkt treiben mairrenn. Geordnete Arbeitsbedingungen für die in den Konsumvereinen beschäftigten Menschen geben dem Arbeitsverhältnis neuen Inhalt. Wer möchte solche Leistungen verkleinern oder sich verkleinern lassen? Vermehren wir diese Leistungen durch sinnliche Benutzung der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen!

Kameradschaft! Dieser neue Film nimmt das Unbegreifliche von Courrières im Jahre 1906 zum Anlaß, um für den Völkerverständnisgedanken zu werben. In der Filmhandlung liegt Courrières an der deutsch-französischen Grenze. Deutscher und französischer Völk ist in 600 Meter Tiefe durch ein Eisengitter getrennt. Doch die Kameradschaft der Kumpels kennt keine nationalen Grenzen, wenn Not ist. Deutsche Rettungskolonnen beistehen das Hindernis, um ihren französischen Kollegen zu helfen. Familienglück und eigene Gefahr hindern sie nicht an ihrem Vorhaben, die Kameraden zu retten. — Hier ist einer der wenigen Veruche, einmal die soziale Seite des Lebens im Film zu zeigen. Für den Anfang sehr gut. Wird man so weitermachen? Den fernstehenden Arbeitern kann der Film die Augen öffnen. Wahrhaftige Kameradschaft brauchen wir heute nicht nur bei unserer Arbeit, sondern auch im gemeinsamen Kampf aller Arbeiter der Welt.

Rundfunkhörer gegen die Vereinigung der Elektrizitätswerke. Der Winter wird mehr denn je zeigen, daß die Teilnahme am Rundfunk eine Lebensnotwendigkeit für Millionen geworden ist. Die durch elektrische Anlagen wie Haushaltsgeräte, Motoren, Hochfrequenzgeräte und dergleichen verursachten Störungen bedeuten eine erhebliche Gefährdung des Rundfunkempfangs. Die Weststellungen der Funkhilfen und der am Rundfunk interessierten Kreise

Ohne Pflichten keine Rechte!

Für die Woche vom 29. November bis 5. Dezember ist der 49. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

